



Einladung

zur Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Finthen am
Dienstag, 28.11.2023, 19:00 Uhr,
Bürgerhaus Mainz-Finthen, Raum Römerquelle, Am Obstmarkt 24, 55126 Mainz

Tagesordnung

a) öffentlich

Anträge

1. Umbau des Regenrückhaltebeckens unterhalb des Finther Flugplatzes (FW)
2. Prüfantrag Calisthenics II (CDU)
3. Prüfantrag zusätzliche Stelle Ortsverwaltung (CDU)
4. Örtliche Verkehrskommission: Protokoll und Anregungen
5. Einwohnerfragestunde

Anfragen

6. Errichtung eines Freizeitgeländes mit öffentlicher Grillhütte für die Finther Bürgerschaft (FW)
7. Sachstand Brücke Waldthausenstraße/K10 (CDU)
8. Räume in der Gemeinde (FDP)
9. Anfragen aus vorherigen Sitzungen
10. Sachstandsberichte
11. Beschlussvorlagen
12. Mitteilungen und Verschiedenes
13. Beschlussfassung über Stadtteilmittel 2023

b) nicht öffentlich

14. Bau- und Grundstücksangelegenheiten
15. Mitteilungen und Verschiedenes

Mainz, 21.11.2023

gez. Manfred Mahle
Ortsvorsteher



Mainz, 04.10.2023

Prüfantrag: **zur Sitzung am 28.11.2023**

Umbau des Regenrückhaltebeckens unterhalb des Finther Flugplatzes

Das Regenrückhaltebecken am Flugplatz hat eine Größe von ca. 5.000 m² Fläche. Seit seiner Errichtung wurde in diesem Becken noch nie Regenwasser aufgestaut. Das Becken ist für ein Jahrhundert Regen geplant. In den letzten Jahren kam es mehrmals zu Regenereignissen mit bis zu 50l/m² in der Spitze. Das Wasser wurde nicht aufgestaut oder zurückgehalten. Es wäre sinnvoll das Wasser durch Versickerung dem Grundwasser zuzuführen.

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung Mainz wird aufgefordert:

1. Bauliche Änderung des Wasserablaufs, um den Durchfluss des Regenwassers zu verlangsamen.
2. Das Wasser 40-50 cm anzustauen, zum Beispiel durch eine Mauer im Auslauf und so zu ermöglichen, dass es versickern kann.

gezeichnet von:
Claus Berndroth

Regenwasserzulauf vom Flugplatz kommend



Regenwasserablauf Richtung Finthen, in den Aubach



Das Regenwasser wird nicht angestaut, sondern läuft nur durch das RRB



Mainz-Finthen

Ortsbeiratsfraktion

An Herrn Ortsvorsteher Manfred Mahle

Ortsverwaltung Finthen

Mainz, den 16.11.2023

Prüfantrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion zur Ortsbeiratssitzung am 28.11.2023

Calisthenics II

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird bezugnehmend auf Drucksache 1272/2023 damit beauftragt, zu prüfen, ob der Spielplatz „Alter Friedhof“ hinter der Kirche St. Martin ein möglicher Standort für Calisthenics darstellt.

Begründung:

Bezugnehmend auf Drucksache 1272/2023 (Sachstandsbericht zu Antrag 1114/2023) sehen wir den Spielplatz „Alter Friedhof“ als einen geeigneten Standort für die Installation von Calisthenics (Eigengewichtsübungen).

gez. Markus Sieben

CDU - Fraktionssprecher

An Herrn Ortsvorsteher Manfred Mahle

Ortsverwaltung Finthen

Mainz, den 16.11.2023

Prüfantrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion zur Ortsbeiratssitzung am 28.11.2023

Zusätzliche Stelle Ortsverwaltung

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit zu prüfen, eine zusätzliche Teilzeit-Stelle in der Ortsverwaltung Mainz-Finthen einzurichten.

Begründung:

Oft beklagen viele Fintherinnen und Finther, dass zu wenige Termine in der Ortsverwaltung zur Verfügung stehen, weshalb sich viele Angelegenheiten unnötig in die Länge ziehen. Mit einer zusätzlichen Stelle könnten die aktuellen Mitarbeiter der Ortsverwaltung diesbezüglich entlastet werden. Darüber hinaus würde dies Kapazitäten schaffen, um, wie schon mehrfach angeregt, Slots einzurichten, in denen Bürgerinnen und Bürger, auch ohne Termin, kleinere Angelegenheiten erledigen können.

gez. Markus Sieben

CDU - Fraktionssprecher

Freie Wähler Mainz e.V.
Ortsbeirat Finthen
Am Mittelweg 11
551126 Mainz-Finthen

Mainz, 04.10.2023

Anfrage: **zur Sitzung am 28.11.2023**

Errichtung eines Freizeitgeländes mit öffentlicher Grillhütte für die Finther Bürgerschaft.

Begründung:

Auf dem Gelände des Layenhofs gibt es vor der Start- und Landbahn des Flugplatzes ein nicht mehr genutztes Baseball Feld. Die Anlage ist vollständig umzäunt und mit einem abschließbaren Tor versehen. Der Abstand zur Wohnbebauung ist groß genug, um auf diesen Platz ein Freizeitgelände mit Grillhütte und Feuerstelle entstehen zu lassen, das von Schulklassen, Kindergärten, Vereinen und Privatpersonen genutzt werden kann.

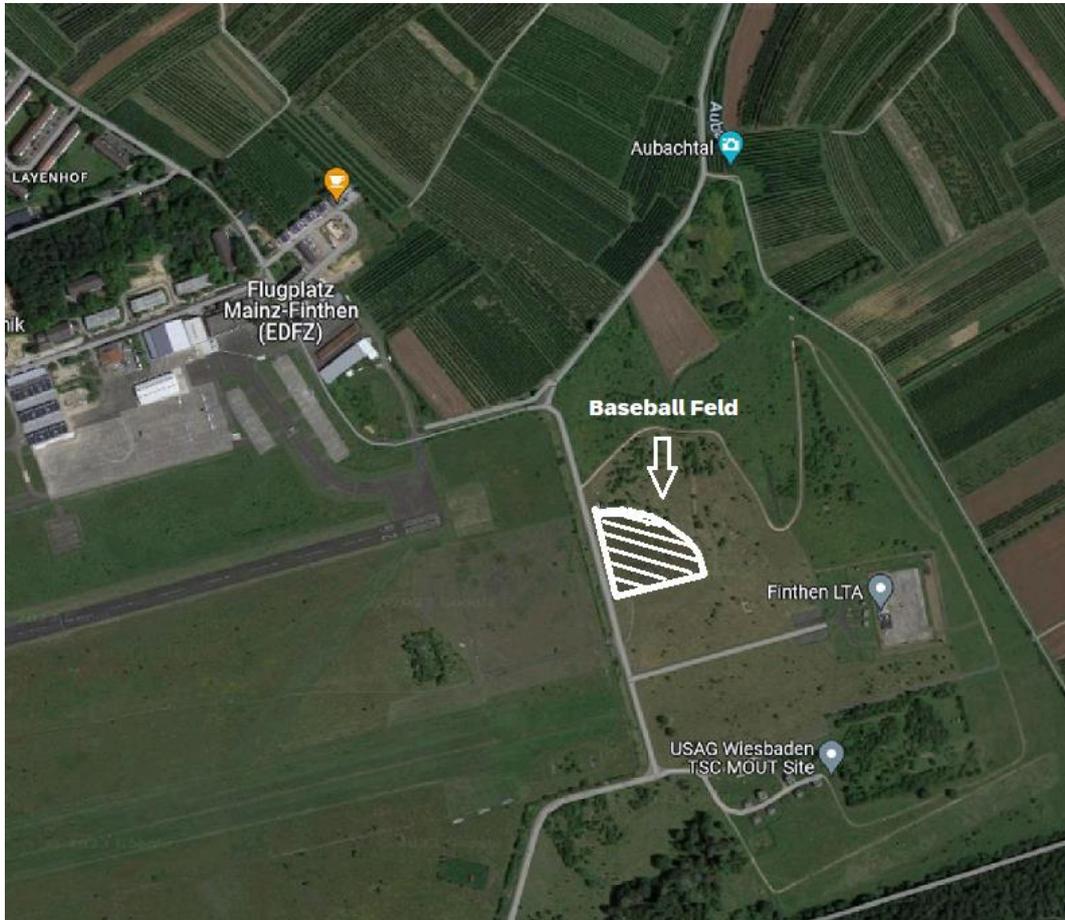
Die Verwaltung des Geländes soll wie in Drais oder Ebersheim über die Ortsverwaltung erfolgen und zu den gleichen Konditionen angeboten werden.

Folgende Fragen an die Stadtverwaltung Mainz:

1. Wem gehört dies Anlage/Grundstück?
2. Wenn diese Anlage dem Land oder der Stadt Mainz gehören, ist zu klären, was nötig ist, um diesen Platz in ein Freizeitgelände umzuwandeln.

gezeichnet von:

Claus Berndroth
für Freie Wähler



An Herrn Ortsvorsteher Manfred Mahle

Ortsverwaltung Finthen

Mainz, den 16.11.2023

Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion zur Ortsbeiratssitzung am 28.11.2023

Ortsbeirat Mainz-Finthen

Sachstand Brücke Waldthausenstraße/K10

1. Sachstand
 - a. In welcher Phase befindet sich der Planungsprozess des Neubaus der Brücke aktuell und welche Maßnahmen wurden bisher diesbezüglich umgesetzt?
 - b. Wann ist der Beginn des Neubaus geplant?
 - c. Wann ist der Abschluss des Neubaus geplant?
2. Prüfung Autobahnanschluss Römerquelle
 - a. Ist im Zuge des Neubaus eine erneute Prüfung der Umsetzung eines Autobahnanschlusses der Römerquelle geplant?

gez. Markus Sieben
CDU - Fraktionssprecher



Mainz-Finthen

Büro Ortsvorsteher
Ortsverwaltung Mainz-Finthen
Am Obstmarkt 24
55126 Mainz-Finthen

19.11.2023

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Die Verwaltung wird um Auskunft gebeten:

1. Ob und ggf. wie weit die Stadt mit dem Bistum Mainz bei der Umgestaltung bzw. Umwidmung von Immobilien der römisch-katholischen Kirche in Folge der Reform der Pfarreien abstimmt.
2. Ob Ausgleichsmaßnahmen geplant sind, den zu erwartenden Verlust von sozialen Räumen auszugleichen.

Begründung

In der Pfarrversammlung vom 16. November 2023 wurden die Bürgerinnen und Bürger von Finthen über den aktuellen Planungsstand der Zusammenlegung der römisch-katholischen Pfarreien im Nordwesten von Mainz (Mainz-Mombach, Mainz-Finthen, Mainz-Gonsenheim und Budenheim) informiert: Unter anderem soll ca. 40% des Immobilienbestandes an Gemeindeflächen der bisherigen Pfarreien abgegeben werden; diese Vorgabe stammt vom Bischöflichen Ordinariat.

Hiervon wäre die örtliche Gemeinschaft im Stadtteil Finthen als Ganzes betroffen, da derzeit Räumlichkeiten der Pfarrei für die Jugendarbeit, einschließlich einer Bücherei für Kinderbücher, als Proberäume für den örtlichen Chor und Orchesterverein und als Veranstaltungsraum genutzt wird. Insoweit übernimmt hier die römisch-katholische

Pfarrei Mainz-Finthen bisher Aufgaben der Daseinsvorsorge, die auch kommunale Aufgaben sind. So hat der Stadtteil Finthen, im Gegensatz zu einigen anderen Stadtteilen, keine Stadtteilbücherei. Probe- und Veranstaltungsräume für Vereine sind auch kaum vorhanden. Die Zahl von Gaststätten mit solchen Räumen ist in den letzten 20 Jahren drastisch zurückgegangen. Die Räume des Bürgerhauses sind aus Kostengründen für Vereine nicht als regelmäßige Proberäume geeignet. Aus vorgenannten Kostengründen und aus logistischen Gründen sind die Räume des Bürgerhauses auch nicht für private Feiern geeignet.

Da derzeit die Planungen von Seiten der römisch-katholischen Kirche noch nicht abgeschlossen sind, ist daher noch eine gemeinsame Zukunftsplanung für den Stadtteil Finthen möglich. Die Möglichkeit zu gemeinsamen Aktivitäten ist für die Bildung einer Gemeinschaft notwendig, so dass diese Möglichkeiten erhalten werden müssen. Daher ist hier städtische Handeln geboten.

Jörg Manthe, FDP

Antwort zur Anfrage Nr. 1541/2023 der CDU im Ortsbeirat Mainz-Finthen betreffend
Renaturierung Aubach II (CDU)

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Frage 1: Liegt zwischenzeitlich die wasserrechtliche Zulassung für die Renaturierung des Aubachs vor?

Der Plangenehmigungsbescheid der SGD Süd ist am 31.10.2022 beim Grün- und Umweltamt eingegangen.

Frage 2: Weshalb hat sich der Beginn der Maßnahmen, der für das Jahr 2022 geplant war, verschoben?

Ein Maßnahmenbeginn war für das Jahr 2022 nicht vorgesehen, da hierfür das Vorliegen der wasserrechtlichen Zulassung abgewartet werden musste.

Der Maßnahmenbeginn war zunächst für 2023 angestrebt. Mit den weiteren Planungsschritten konnte jedoch erst nach Vorliegen des Plangenehmigungsbescheids begonnen werden. Dies beinhaltete auch die Suche und Beauftragung eines geeigneten Planungsbüros. Die erforderliche Zustimmung der Genehmigungsbehörde und der projektbeteiligten Stellen zur dann vorgelegten Ausführungsplanung war schließlich in einem Abschlussgespräch für September 2023 vorgesehen, konnte aber aufgrund einer Erkrankung des projektbearbeitenden Ingenieurs nicht erfolgen.

Die hierauf aufbauende Finalisierung der Leistungsverzeichnisse ist nunmehr frühestens für Anfang November zu erwarten.

Bevor die öffentlichen Ausschreibungen durch die Verdingungsstelle vorgenommen werden, sind diese zunächst verwaltungsintern zu prüfen sodass voraussichtlich Ende Dezember Angebote eingeholt werden könnten. Die Vergabe der Aufträge könnte somit erst im Januar/Februar 2024 erfolgen. Der wasserrechtliche Plangenehmigungsbescheid gibt jedoch vor, dass Gehölzrodungen und die Baufeldfreimachung außerhalb des Zeitraums vom 01.03. bis 30.09. erfolgen haben und die Bauarbeiten bis Ende Februar abzuschließen sind. Aufgrund dieser Vorgaben der Genehmigungsbehörde ist der Beginn der Umsetzung für 2024 geplant.

Frage 3: Gibt es einen neuen Termin für den Beginn der Maßnahmen?

Bei einem veranschlagten Ausführungszeitraum für die Gesamtmaßnahme von 10 bis 12 Wochen ist beabsichtigt, mit den Maßnahmen Anfang Oktober 2024 zu beginnen.

Frage 4: Ist es weiterhin geplant, im Zuge der Renaturierung des Aubachs eine Erneuerung des Straßenbelags der Kurmainzstraße (mit lärmreduzierendem „Flüsterasphalt“) vorzunehmen ?

Das Durchlassbauwerk im Bereich des Aubachs muss zunächst aus hydraulischen und baulichen Gründen saniert werden. Erst nach Fertigstellung dieser Sanierungsarbeiten sind Deckenarbeiten möglich.

Mainz, 10.10.2023

gez. Steinkrüger

Janina Steinkrüger
Beigeordnete

Antwort zur Anfrage Nr. 1546/2023 der SPD im Ortsbeirat betreffend **Kita An den Lehmgruben (SPD)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Seit wann ist bekannt, dass ein Wasserschaden im Erdgeschoss der Kita besteht?

Seit ca. September 2022 ist der Verwaltung bekannt, dass es im Erdgeschoss der städtischen Kindertagesstätte Feuchtigkeitsschäden gibt. Die Gebäudewirtschaft Mainz (GWM) wurde darüber unverzüglich in Kenntnis gesetzt. Ein lokalisierter Schaden an einem Abwasserrohr konnte zeitnah repariert werden. Weitere Messungen ergaben jedoch weitere feuchte Stellen im Boden. Daraufhin sind umfangreiche Untersuchungen zu den Ursachen angestellt worden. Die Ursachenforschung hält bis heute noch an.

2. Worauf ist der Schaden zurückzuführen? Eigenes Verschulden oder Baumangel?
Wurde noch nicht geklärt. Wir sind noch in der Ursachenforschung.

3. Welche Kosten kommen auf die Stadt zu und wer trägt diese?

Kann noch nicht ermittelt werden, da die Ursache des Feuchteschadens noch nicht festgestellt wurde.

4. Wie lange wird es dauern, bis der Schaden behoben wird?

Darüber kann noch keine Aussage getroffen werden (siehe Antwort Punkt 2 und 3).

5. Gibt es Einschränkungen für die Gruppen, die in der Kita verbleiben?

Ja, es wird Einschränkungen geben, wie diese genau aussehen kann noch nicht vollumfänglich festgestellt werden.

Für die verbleibenden Gruppen im oberen Stockwerk gibt es nach heutigem Kenntnisstand keine räumlichen Einschränkungen. Es muss mit den allgemeinen Widrigkeiten infolge der Baustellentätigkeit (Baustellenlärm etc.) gerechnet werden.

Mainz, 21.11.2023

gez.

Dr. Eckart Lensch
Beigeordneter



Beschlussvorlage

öffentlich		Drucksache Nr. 1573/2023
Amt/Aktenzeichen 61/	Datum 24.10.2023	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 07.11.2023			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Verkehrsausschuss	Vorberatung	14.11.2023	Ö
Ortsbeirat Mainz-Finthen	Anhörung	28.11.2023	Ö
Stadtrat	Entscheidung	29.11.2023	Ö

<p>Betreff: Umwandlung der Uhlerbornstraße nach der Einmündung Ludwig-Schwamb-Straße -Straße in eine temporäre Fußgängerzone</p>
<p>Mainz, 31.10.2023</p> <p>gez. Steinkrüger</p> <p>Janina Steinkrüger Beigeordnete</p>
<p>Mainz, 07.11.2023</p> <p>gez. Haase</p> <p>Nino Haase Oberbürgermeister</p>

Beschlussvorschlag:

Der **Ortsbeirat Mainz-Finthen** und der **Verkehrsausschuss** empfehlen, der **Stadtrat** erteilt das Einvernehmen der Gemeinde und stimmt der Einrichtung einer temporären Fußgängerzone in der Uhlerbornstraße zu.

Sachverhalt

Zur Erstellung des Ersatzneubaues der Peter-Härtling-Schule wird am Ende der Uhlerbornstraße ein temporärer Schulstandort mit Containern aufgebaut. Die Containeranlage sowie eine Sporthalle dienen der Peter-Härtling-Grundschule als Übergangsmaßnahme, bis der Ersatzneubau in der Layenhofstraße 26 fertiggestellt ist.

Bereits jetzt befürchten Anwohnende der Uhlerbornstraße starken Verkehr durch Eltern, die ihre Kinder bringen bzw. abholen. Hierfür gibt es keinen Wendebereich.

Lösung

Die Verkehrsverwaltung schlägt daher vor, den letzten Abschnitt der Uhlerbornstraße nach der Einmündung Ludwig-Schwamb-Straße für den Zeitraum der Nutzung des Schulstandortes temporär als Fußgängerzone auszuweisen. Hierdurch könnte ein Befahren durch Eltern unterbunden werden. Dieser Vorschlag wurde in einem gemeinsamen Gespräch mit Anwohnenden, dem Ortsvorsteher sowie Mitarbeitenden aus der Verkehrsverwaltung erarbeitet.

Für das Holen und Bringen der Kinder wird auf dem Parkplatz vor dem Friedhof eine entsprechende Zone ausgewiesen.

Finanzierung

Die Kosten werden über die Baumaßnahme abgerechnet.



Beschlussvorlage

öffentlich		Drucksache Nr. 1592/2023
Amt/Aktenzeichen 61/68	Datum 18.10.2023	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 31.10.2023

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Drais	Kenntnisnahme	14.11.2023	Ö
Ortsbeirat Mainz-Gonsenheim	Kenntnisnahme	14.11.2023	Ö
Verkehrsausschuss	Vorberatung	14.11.2023	Ö
Ortsbeirat Mainz-Altstadt	Kenntnisnahme	15.11.2023	Ö
Ortsbeirat Mainz-Weisenau	Kenntnisnahme	15.11.2023	Ö
Ortsbeirat Mainz-Marienborn	Kenntnisnahme	15.11.2023	Ö
Ortsbeirat Mainz-Ebersheim	Kenntnisnahme	16.11.2023	Ö
Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg	Kenntnisnahme	16.11.2023	Ö
Ortsbeirat Mainz-Laubenheim	Kenntnisnahme	17.11.2023	Ö
Ortsbeirat Mainz-Oberstadt	Kenntnisnahme	21.11.2023	Ö
Ortsbeirat Mainz-Hartenberg/Münchfeld	Kenntnisnahme	21.11.2023	Ö
Ortsbeirat Mainz-Neustadt	Kenntnisnahme	22.11.2023	Ö
Ortsbeirat Mainz-Bretzenheim	Kenntnisnahme	22.11.2023	Ö
Ortsbeirat Mainz-Hechtsheim	Kenntnisnahme	23.11.2023	Ö
Ortsbeirat Mainz-Mombach	Kenntnisnahme	23.11.2023	Ö
Ortsbeirat Mainz-Finthen	Kenntnisnahme	28.11.2023	Ö
Stadtrat	Entscheidung	29.11.2023	Ö

Betreff: Sondernutzungskonzept E-Tretroller-Vermietsysteme

Mainz, 20.10.2023

gez. Steinkrüger

Janina Steinkrüger
Beigeordnete

Mainz, 24.10.2023

gez. Matz

Manuela Matz
Beigeordnete

Mainz, 31.10.2023

gez. Haase

Nino Haase
Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Die **Ortsbeiräte** nehmen zur Kenntnis, **der Verkehrsausschuss** empfiehlt, der **Stadtrat** beschließt die Einstufung von E-Tretroller-Vermietsystemen als Sondernutzung entsprechend der im vorgelegten Konzept beschriebenen Rahmenbedingungen.

Sachverhalt

Mit der Einführung der Elektrokleinstfahrzeugeverordnung (eKFV) Mitte 2019 wurde die Nutzung von E-Tretrollern im öffentlichen Straßenraum zugelassen. Die eKFV legt allerdings nur die allgemeinen Anforderungen fest, damit die Fahrzeuge in einem entsprechenden fahrzeugtechnischen, verhaltens-, versicherungs- und fahrerlaubnisrechtlichen Rahmen am öffentlichen Straßenverkehr teilnehmen können; verkehrs- und verhaltensrechtlich gelten weitestgehend die Regelungen für Fahrräder.

Daher wurde entsprechend der damaligen Rechtsauffassung der Betrieb von E-Tretroller-Vermietsystemen, wie der von stationsfreien Mietfahrrädern, als Gemeingebrauch des öffentlichen Straßenraums angesehen und nicht als Sondernutzung. Kommunen hatten hierdurch nur in sehr begrenztem Umfang rechtlich verbindliche Regulierungsmöglichkeiten. So konnten beispielsweise Anbieter ihr Vermietangebot in einer Stadt betreiben, auch ohne dass die Kommune dem zugestimmt hat. Auch enthält die eKFV keine Regulierung der Abstellflächen von E-Tretrollern und keinen expliziten Bußgeldtatbestand für störend abgestellte E-Tretroller.

Die Landeshauptstadt Mainz setzte daher, ähnlich wie viele andere deutsche Großstädte, eine freiwillige Vereinbarung auf, um zumindest grundlegende Regelungen für die Vermietsysteme zu definieren. So wurden beispielsweise Abstellverbotszonen in Fußgängerzonen, entlang des Rheinufer und auf größeren Grünflächen sowie eine Höchstanzahl an E-Tretrollern im Stadtgebiet festgesetzt. Die Anbieter der Vermietsysteme waren rechtlich nicht zur Unterzeichnung der Vereinbarung verpflichtet. Dennoch haben alle in Mainz aktiven Anbieter diese unterzeichnet.

Auch wenn durch die gemeinsame Vereinbarung einige Regelungen auf freiwilliger Basis umgesetzt wurden, konnte hierdurch nicht die grundlegende Problematik eines teilweise rücksichtslosen Abstellverhaltens vermieden werden. So kam es regelmäßig zu Behinderungen und Gefährdungen im öffentlichen Straßenraum – sowohl durch von Nutzer:innen des Vermietsystems falsch abgestellte als auch beispielsweise durch von unbekanntem Dritten umgeworfene E-Tretroller.

Aufgrund der übermäßigen Beanspruchung des öffentlichen Straßenraums sowie der Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit durch falsch abgestellte E-Tretroller befindet sich die Rechtsauffassung bezüglich E-Tretroller-Vermietsystemen mittlerweile im Wandel. Die aktuelle Rechtsprechung ordnet das Angebot der Vermietung von E-Tretrollern im öffentlichen Straßenraum als Sondernutzung ein, da es sich um eine gewerbliche Nutzung der Straße handle. Einige Kommunen sind bereits dazu übergegangen, die Vermietsysteme als Sondernutzung einzustufen und deren Zulassung mit einem entsprechenden Konzept zu hinterlegen. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Mainz hat diese Entwicklung zum Anlass genommen, die Verwaltung über den Antrag 0720/2022 zu beauftragen, ein Sondernutzungskonzept für E-Tretroller-Vermietsysteme zu erstellen.

Es ist zu betonen, dass der geschilderte Sachverhalt ausschließlich E-Tretroller in Vermietsystemen beschreibt. Das Abstellen von privaten E-Tretrollern stellt keine gewerbliche Nutzung dar und ist weiterhin als Gemeingebrauch des öffentlichen Straßenraums einzustufen. Abgesehen von der rechtlichen Einstufung, ist das Abstellverhalten privater E-Tretroller zudem gänzlich unauffällig – es besteht keine vergleichbare Problematik wie bei den E-Tretroller-Flotten der Vermietsysteme.

Verkehrliche Einordnung

E-Tretroller-Vermietsysteme können dann einen Beitrag zu einer nachhaltigen Mobilitätsentwicklung leisten, wenn durch deren Nutzung Pkw-Fahrten in einem relevanten Umfang ersetzt werden.

Dies wäre zum Beispiel auch der Fall, wenn durch die Nutzung von E-Tretrollern auf der „letzten Meile“ die Nutzung des ÖPNV erleichtert und attraktiviert wird.

Mehrere mittlerweile zu diesem Thema veröffentlichte Studien kommen allerdings zu dem Ergebnis, dass E-Tretroller in Vermietsystemen, im Gegensatz zu privaten E-Tretrollern, nur zu einem geringen Anteil Pkw-Fahrten ersetzen. Zu einem erheblichen Anteil werden lediglich relativ kurze Wege bewältigt, welche ansonsten umweltfreundlicher zu Fuß oder mit dem eigenen Fahrrad bewältigt worden wären.

Die Landeshauptstadt Mainz sieht in den Vororten die Chance, dass E-Tretroller einen Mehrwert für eine nachhaltige Mobilitätsentwicklung darstellen können, indem diese als Zubringer zu ÖPNV-Haltestellen fungieren. Dies gilt insbesondere zu den Randzeiten, in denen das ÖPNV-Angebot eine geringere Taktung aufweist und eine Anbindung an einen gegebenenfalls weiter entfernten, aber stärker frequentierten ÖPNV-Knotenpunkt ermöglicht wird.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat allerdings gezeigt, dass sich bisher ein erheblicher Anteil der Nutzung innerhalb sowie im direkten Umfeld der Innenstadt abspielt. Es handelt sich dabei um Bereiche, welche bereits heute von einem eng getakteten ÖPNV-Angebot und einer hohen Dichte an Haltestellen abgedeckt sind. Alternativ können kurze Wege in der Innenstadt ohne Weiteres zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Der Ersatz von MIV-Fahrten auf diesen kurzen Relationen ist leider kaum in relevantem Umfang zu erwarten. Der Betrieb von E-Tretroller-Vermietsystemen ausschließlich innerhalb der Innenstadt stellt daher aktuell für die Landeshauptstadt Mainz keinen Mehrwert für eine nachhaltige Mobilitätsentwicklung dar.

Lösung

Die Landeshauptstadt Mainz stuft das Angebot von E-Tretroller-Vermietsystemen als Sondernutzung ein. Im Zuge dessen wird die Verwaltung beauftragt, eine Richtlinie zur Nutzung des öffentlichen Straßenraums durch E-Tretroller aufzustellen, welche zukünftig die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Mobilitätsangebote festlegt. Diese wird die Inhalte des nachfolgend beschriebenen Konzepts enthalten.

Erfordernis einer Sondernutzungserlaubnis

Während interessierte Betreiberfirmen von E-Tretroller-Vermietsystemen in der Vergangenheit auch ohne Genehmigung ihre E-Tretroller in Mainz anbieten konnten, ist hierfür zukünftig eine Sondernutzungserlaubnis notwendig. Dafür ist folgendes Verfahren vorgesehen:

Während eines von der Stadt vorgegebenen Zeitraums haben interessierte Anbieter von Vermietsystemen die Möglichkeit, die erforderliche Sondernutzungserlaubnis zu beantragen. Die Sondernutzungserlaubnis wird anschließend an alle Anbieter, die eine Sondernutzungserlaubnis beantragt haben, für einen Zeitraum von 24 Monaten erteilt. Während dieser Laufzeit können keine weiteren Sondernutzungserlaubnisse (etwa an einen neuen Anbieter) erteilt werden. Dies ist erst während des nächsten allgemeinen Antragszeitraums nach Ablauf der 24 Monate möglich. Hierdurch kann eine für einen längeren Zeitraum gleichbleibende Obergrenze der zugelassenen Fahrzeuganzahl pro Anbieter sichergestellt werden (mehr unter „Limitierung der Fahrzeuganzahl“).

Ein Vergabeverfahren zur Auswahl eines einzelnen Anbieters wird nicht stattfinden. Eine Auswahl über eindeutige Qualitätskriterien (z.B. das Vorhandensein bestimmter technischer Einrichtungen

zur Erkennung falsch abgestellter Roller) zur Findung des „besten“ Anbieters mit der sichersten Flotte wäre prinzipiell wünschenswert. Die letzten Jahre haben allerdings leider gezeigt, dass auch eine Vielzahl technischer Innovationen, wie beispielsweise die Pflicht, nach Beendigung des Mietprozesses den E-Tretroller zu fotografieren, nicht automatisch zu einem besseren Abstellverhalten führen. Die Landeshauptstadt Mainz verfolgt bei der Regulierung der Vermietsysteme das primäre Ziel, Behinderungen und Gefährdungen im öffentlichen Raum durch falsch abgestellte E-Tretroller zu unterbinden. Dies kann von den hierfür in Verantwortung stehenden Anbietern durch den Einsatz von Technik, vermehrten Personaleinsatz vor Ort, verbesserte Aufklärung der Nutzer:innen oder eine Mischung aller zur Verfügung stehenden Möglichkeiten verfolgt werden. Letztendlich zählt für die Landeshauptstadt Mainz aber das Ergebnis in Form der realen Abstell-situation der Mietflotten vor Ort auf der Straße. Und diese ist im Zweifelsfall nicht unbedingt besser, weil im Rahmen einer Ausschreibung ein Anbieter eine besonders große Vielzahl an technischen Innovationen vorweisen kann, im laufenden Betrieb aber beispielsweise zeitweise nicht genügend Personal zur Betreuung der Mietflotte einsetzt.

Die Landeshauptstadt Mainz wird die Abstell-situation der Mietflotten regelmäßig vor Ort kontrollieren und kann beispielsweise bei regelmäßigem Vorliegen systematischer Verstöße einem Anbieter die Sondernutzungserlaubnis entziehen, wodurch die entsprechende Mietflotte aus dem Stadtgebiet entfernt werden müsste (mehr unter „Ahndung von Verstößen“).

Limitierung der Fahrzeuganzahl

Es wird eine Gesamtanzahl von maximal 1200 E-Tretrollern im gesamten Mainzer Stadtgebiet zugelassen. Hierdurch wird sichergestellt, dass auf der einen Seite eine ausreichende Abdeckung mit Fahrzeugen vorhanden ist. Gleichzeitig wird ein Überangebot an E-Tretrollern vermieden, welches für die Nutzbarkeit des Mobilitätsangebots nicht erforderlich ist und ggf. zu vermeidbaren Beeinträchtigungen des öffentlichen Raums führen würde. Innerhalb der Innenstadt dürfen seitens der Anbieter der Vermietsysteme insgesamt maximal 300 E-Tretroller aufgestellt werden. Diese Limitierung ergibt sich aus der Kapazität der zur Verfügung stehenden Fläche der Abstellflächen (mehr unter „Abstellflächen in der Innenstadt“).

Durch den festgelegten Zeitraum für die Beantragung der notwendigen Sondernutzungserlaubnis steht bereits zu Beginn der 24-monatigen Laufzeit fest, wie viele Anbieter während des Zeitraums in Mainz aktiv sein werden. Entsprechend wird die maximal zugelassene Anzahl an E-Tretrollern gleichmäßig auf diese Anbieter aufgeteilt. So dürfte beispielsweise bei drei aktiven Anbietern von Vermietsystemen jeder Anbieter 400 E-Tretrollern im gesamten Stadtgebiet und davon 100 E-Tretroller im Bereich der Innenstadt betreiben. Sollte beispielsweise ein Anbieter nicht die volle ihm zustehende Fahrzeuganzahl ausschöpfen wollen oder ein Anbieter während der Laufzeit die Stadt verlassen, so werden die freien Kapazitäten gleichmäßig auf die übrigen Anbieter aufgeteilt.

Abstellflächen in der Innenstadt

Die E-Tretroller-Vermietsysteme wurden in der Vergangenheit im gesamten Mainzer Stadtgebiet als freefloating-Modell betrieben, wodurch die Fahrzeuge an nahezu jedem Standort abgestellt werden konnten. Eine Ausnahme bildeten hierbei lediglich die von der Landeshauptstadt Mainz vorgegebenen Abstellverbotszonen, welche durch die Anbieter der Vermietsysteme mittels GPS-basiertem Geofencing umgesetzt wurden. Für E-Tretroller die in einem solchen Bereich geortet wurden, war die Beendigung des Verleihprozesses nicht möglich, sodass die Nutzenden motiviert

wurden den E-Tretroller an einen Ort außerhalb der Abstellverbotszone zu bringen und dort den Verleihprozess zu beenden. Das aus dem freefloating-Betrieb resultierende Abstellverhalten führte insbesondere im Innenstadtbereich regelmäßig zu Behinderungen und Gefährdungen im öffentlichen Straßenraum. Gerade dort besteht ein starkes Spannungsfeld zwischen einer erhöhten Nutzungsfrequenz der E-Tretroller und gleichzeitig nur begrenzt verfügbarem öffentlichen Straßenraum, an den vielfältige Nutzungsansprüche gestellt werden.

Aus diesem Grund werden im gesamten Bereich der Innenstadt Abstellflächen für E-Tretroller-Vermietsysteme eingerichtet, auf denen die Fahrzeuge gebündelt werden. Außerhalb dieser Flächen ist ein Abstellen von E-Tretrollern nicht erlaubt. Die Anbieter haben dafür Sorge zu tragen, dass diese Regelung wirksam durchgesetzt wird – zum Beispiel durch Geofencing sowie regelmäßige Kontrollen.

Die Pläne sowie eine Übersichtskarte der geplanten 25 Abstellflächen sind der Beschlussvorlage als Anhang beigefügt. Dem Standortkonzept liegt die Annahme zu Grunde, dass in einem Luftlinienradius von maximal 300 Metern eine Abstellfläche zur Verfügung stehen soll. In weiten Teilen der Innenstadt besteht ein Abdeckungsradius von 200 bis 250 Metern bis zur nächsten Abstellfläche. Im Umfeld stark genutzter Standorte wie beispielweise dem Hauptbahnhof, in dessen Umfeld bereits heute relativ viele Abstellvorgänge von E-Tretrollern stattfinden, ist bedarfsorientiert ein dichteres Abstellangebot vorgesehen.

Da die Flächen über eine ausreichende Mindestgröße verfügen müssen, um auch bei stärkerer Nachfrage nicht direkt überzulaufen, werden hierfür ausschließlich vorhandene öffentliche Parkplätze in Anspruch genommen. Insgesamt sieht das Konzept vor, 51 Parkplätze für die Nutzung als E-Tretroller-Abstellflächen umzuwandeln. Kleinere Restflächen im Gehwegbereich sind hierbei nicht zielführend, da diese bei zeitweise verstärkter Nutzung sofort überlaufen würden, was zu Behinderungen und Gefährdungen des Fußverkehrs führen würde. Gerade die Sicherstellung von Sicherheit und Barrierefreiheit auf den Gehwegen ist eines der primären Ziele des Konzepts. Damit die jeweilige Abstellfläche leicht zu erkennen ist, wird eine entsprechende Beschilderung aufgestellt, die Fläche mit einer weißen Bodenmarkierung umrandet und mit E-Tretroller-Piktogrammen auf dem Bodenbelag innerhalb der Fläche versehen. Um eine Blockierung der Fläche durch falschparkende Pkw zu unterbinden, werden Poller zur Fahrbahn hin aufgestellt.

Innerhalb der Fläche erfolgt keine anbieterbezogene Untergliederung. Die Abstellflächen dürfen gleichberechtigt von allen Anbietern der Vermietsysteme genutzt werden. Die Anbieter haben dafür Sorge zu tragen, dass in den Abstellflächen ein geordnetes und platzsparendes Abstellen erfolgt. Droht eine Abstellfläche aufgrund von zu vielen dort abgestellten E-Tretrollern „überzulaufen“ (z.B. wegen einer größeren Veranstaltung im Umfeld) müssen seitens der Anbieter E-Tretroller entfernt und auf andere Abstellflächen verlagert werden.

Abstellregelung außerhalb der Innenstadt

Außerhalb der Innenstadt wird weiterhin ein freefloating-Betrieb möglich sein. Auf die Einrichtung von festen Abstellflächen und die gleichzeitige Sperrung der umgebenden Flächen wird vorerst verzichtet, da dies in vielen Bereichen des Stadtgebiets nicht zielführend ist. So würde ein lediglich weitmaschiges Netz an Abstellbereichen in den Vororten für die Nutzenden mitunter lange Zuwege bedeuten, wodurch das Vermietsystem seinen Zweck als ÖPNV-Zubringer für die „letzte Meile“ verlieren würde. Ein engmaschiges Netz, vergleichbar mit dem Standortkonzept in der Mainzer Innenstadt, würde einen erheblichen Flächeneinsatz bedeuten. Gleichzeitig gibt es große Gebiete, in denen eine eher geringe und unregelmäßige Nachfrage vorliegt und aktuell nur ver-

einzelne E-Tretroller abgestellt werden. Dort würden (anderweitig ebenfalls gefragte) Flächen reserviert, welche mitunter nur sporadisch genutzt werden oder zeitweise auch leer stehen können.

Auch wenn der Betriebsmodus der Vermietsysteme in den Vororten unverändert bleibt (weiterhin ein freefloating-Betrieb), so bestehen durch die Sondernutzung sehr viel weitreichendere Durchgriffsmöglichkeiten seitens der Landeshauptstadt Mainz gegenüber den Anbietern der Vermietsysteme. Die Landeshauptstadt Mainz wird die Situation vor Ort regelmäßig überprüfen und nötigenfalls Verstöße der Anbieter ahnden (mehr unter „Ahndung von Verstößen“).

Es handelt sich bei der Regulierung der E-Tretroller-Vermietsysteme mittels Sondernutzung um ein neues Konzept, dessen Umsetzung von Seiten der Landeshauptstadt Mainz beobachtet wird. Sollte beispielsweise an einzelnen Standorten in den Vororten erkennbar werden, dass die Einrichtung von Abstellflächen für E-Tretroller und korrespondierend die gleichzeitige Sperrung der umgebenden Flächen für E-Tretroller verkehrlich sinnvoll ist, ist eine nachträgliche Ergänzung von Abstellflächen möglich.

Grundsätzliche Abstellregeln

Für das Abstellen von E-Tretrollern im Mainzer Stadtgebiet sind verschiedene Regeln einzuhalten. Diese müssen durch die Anbieter der Vermietsysteme in geeigneter Weise an die Nutzer:innen kommuniziert und deren Umsetzung regelmäßig vor Ort überprüft werden. Dies gilt insbesondere im Bereich außerhalb der Innenstadt, da dort keine feste Abstellflächen vorgesehen sind.

Das Abstellen der E-Tretroller hat nach den Regeln der StVO zu erfolgen, sodass diese Dritte weder gefährden noch behindern. Insbesondere müssen Gehwege so freigehalten werden, sodass eine ausreichende durchgängige Restgehwegbreite verbleibt. Radwege, Bordsteinabsenkungen, Fahrbahnen, Blindenleitsysteme, Fußgängerüberwege, bauliche Flucht- und Rettungswege sowie Aufstellflächen und Zuwegungen der Feuerwehr, Ein- und Ausfahrten von Grundstücken, Gebäudezugänge sowie Rauchgasschächte und Notausgänge aus/ von unterirdischen Anlagen (z.B. Tiefgaragen) sind freizuhalten. Im Bereich von Bus- und Straßenbahnhaltestellen ist ein Mindestabstand zum Wartebereich von 10 m einzuhalten. Weder öffentliche Fahrradabstellanlagen noch die Mietradstationen von MVG meinRad dürfen zum Abstellen von E-Tretrollern genutzt werden. Ein Abstellen auf Schulgelände, in öffentlichen Grünanlagen, auf Grünstreifen und außerhalb von bebautem Gebiet (z.B. auf Feldwegen oder in Waldgebieten) ist nicht erlaubt. E-Tretroller müssen, entsprechend ihrer Bauart, aufrecht abgestellt werden.

Die Landeshauptstadt Mainz kann darüber hinaus aus verkehrlichen und stadtgestalterischen Gründen freizuhaltende Flächen vorgeben, in denen die Anbieter der Vermietsysteme ein Abstellen von E-Tretrollern mittels Geofencing wirksam unterbinden müssen.

Bei Großveranstaltungen (z.B. Rosenmontag, Johannisnacht) haben die Anbieter nach Aufforderung durch die Landeshauptstadt Mainz zusätzliche Bereiche mittels Geofencing temporär zu sperren und noch in den Bereichen befindliche E-Tretroller zu entfernen.

Nutzung privater Flächen

Die Regelungen zur Sondernutzung betreffen ausschließlich die Nutzung öffentlich gewidmeter Verkehrsflächen. Bezüglich des Abstellens von Vermiet-E-Tretrollern auf privaten Flächen verfügt die Landeshauptstadt Mainz über keine Regulierungskompetenz. Die Landeshauptstadt Mainz wird die zukünftigen Anbieter der Vermietsysteme dennoch dazu ermutigen, an geeigneten

Standorten auch mit privaten Flächeneigentümern in den Austausch zu treten. So wäre es zu begrüßen, wenn auch auf privaten Kundenparkplätzen (beispielsweise von Supermärkten) Abstellflächen für E-Tretroller eingerichtet werden würden. Diese könnten eine aus Nutzersicht sinnvolle Ergänzung des Standort-Konzepts im öffentlichen Verkehrsraum darstellen.

Sondernutzungsgebühr

Seitens der Anbieter der Vermietsysteme ist eine Sondernutzungsgebühr von drei Euro pro E-Tretroller und Monat zu entrichten. Hierfür ist eine Erweiterung der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Mainz um einen Gebührentatbestand für Vermietsysteme von E-Tretrollern erforderlich. Die Sondernutzungsgebühr berücksichtigt unter anderem Art und Ausmaß der Einwirkung auf die Straße und den Gemeingebrauch. Gleichzeitig wird durch die moderate Gebühr auch das öffentliche Interesse an der Nutzung der Fahrzeuge als Ergänzung des ÖPNV-Angebotes, insbesondere in den Vororten, berücksichtigt.

Ahndung von Verstößen

Die Anbieter der Vermietsysteme als diejenigen, die ihre Fahrzeugflotten als kommerzielles Geschäftsmodell in den öffentlichen Raum bringen, sind in erster Linie selbst für die Einhaltung der Regelungen sowie zur Ergreifung hierfür erforderlicher Maßnahmen verantwortlich.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat allerdings gezeigt, dass es auf der Basis von Eigenverantwortung der Anbieter, ohne rechtlich verbindliche Ahndungsmöglichkeit, leider regelmäßig zu Behinderungen und Gefährdungen im öffentlichen Straßenraum kam. Im Rahmen der Sondernutzung verfügt die Landeshauptstadt Mainz über sehr viel weitreichendere Durchgriffsmöglichkeiten gegenüber den Anbietern. Die Landeshauptstadt Mainz wird daher die Abstellsituation vor Ort regelmäßig kontrollieren. Werden im Rahmen der Kontrollen systematische Einschränkungen der Verkehrssicherheit durch die abgestellte Fahrzeugflotte eines Anbieters festgestellt, wird dieser angemahnt. Ergreift der entsprechende Anbieter hierauf aufbauend keine geeigneten Maßnahmen und werden im Rahmen fortlaufender Kontrollen regelmäßig systematische Sicherheitsprobleme durch die abgestellten E-Tretroller festgestellt, kann diesem die Sondernutzungserlaubnis entzogen werden. In Folge müsste der betroffene Anbieter den Betrieb im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Mainz einstellen und seine E-Tretroller aus dem öffentlichen Straßenraum entfernen.

Auch in Einzelfällen, in denen aufgrund eines falsch abgestellten E-Tretrollers beispielsweise „Gefahr in Verzug“ ist, kann das Fahrzeug durch die Landeshauptstadt Mainz verschoben oder entfernt und die hierfür anfallenden Kosten dem entsprechenden Anbieter des Vermietsystems in Rechnung gestellt werden.

Durch die erforderlichen umfangreichen Kontrollmaßnahmen sowie flankierende Verwaltungsaufgaben entsteht ein nicht unerheblicher personeller Mehraufwand. Um eine zielführende Umsetzung des Konzepts ermöglichen zu können, ist daher die Schaffung von zwei zusätzlichen Personalstellen in der Ordnungsverwaltung erforderlich.

Alternativen

Verzicht auf die Umsetzung des vorgestellten Sondernutzungskonzepts und die Einrichtung von

festen Abstellflächen, mit der Folge, dass weiterhin keine verbindlichen Rahmenbedingungen für den Betrieb der E-Tretroller-Vermietsysteme vorliegt und somit keine Verbesserung der Abstell-situation erzielt werden kann.

Analyse und Bewertung geschlechtsspezifischer Folgen

Keine

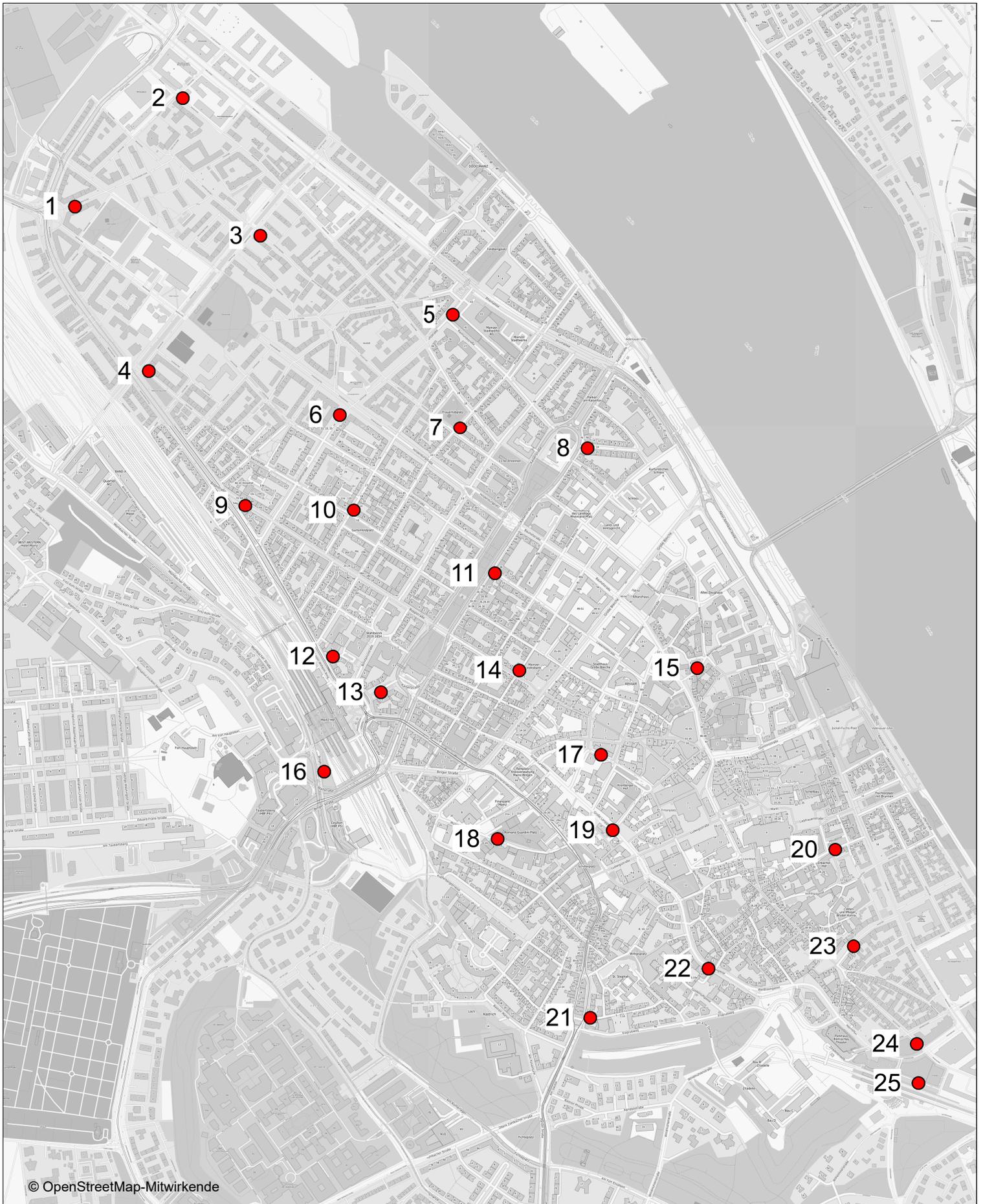
Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die Problematik des unzureichend regulierten und zum Teil nicht verkehrsverträglichen Abstellverhaltens der E-Tretroller-Vermietflotten wirkt sich insbesondere negativ auf die sichere Nutzbarkeit und Attraktivität der Infrastruktur des Fuß- und Radverkehrs aus. Beide Verkehrsarten sind Bestandteil des Umweltverbunds, welcher im Sinne einer nachhaltigen Mobilitätsentwicklung durch die Landeshauptstadt Mainz gefördert wird. Durch die Einstufung der Vermietsysteme von E-Tretrollern als Sondernutzung und die Festlegung rechtlich verbindlicher Rahmenbedingungen, kann eine erhebliche Verbesserung der Abstell-situation der E-Tretroller erzielt werden, was sich wiederum positiv auf die Nutzbarkeit von Fuß- und Radwegen auswirkt. Die vorliegende Beschlussvorlage hat in Bezug auf Klimaschutz positive Auswirkungen.

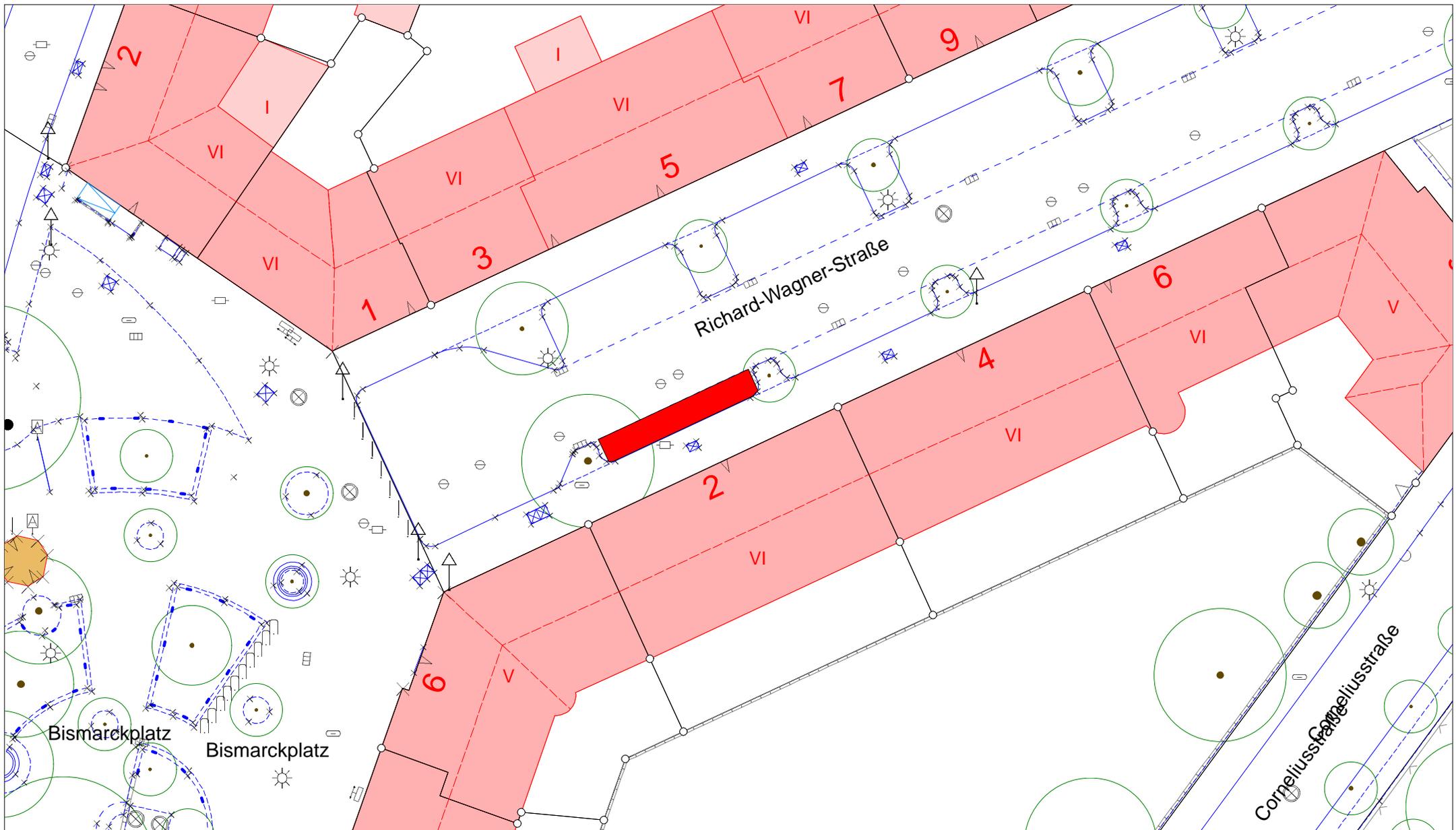
Finanzierung

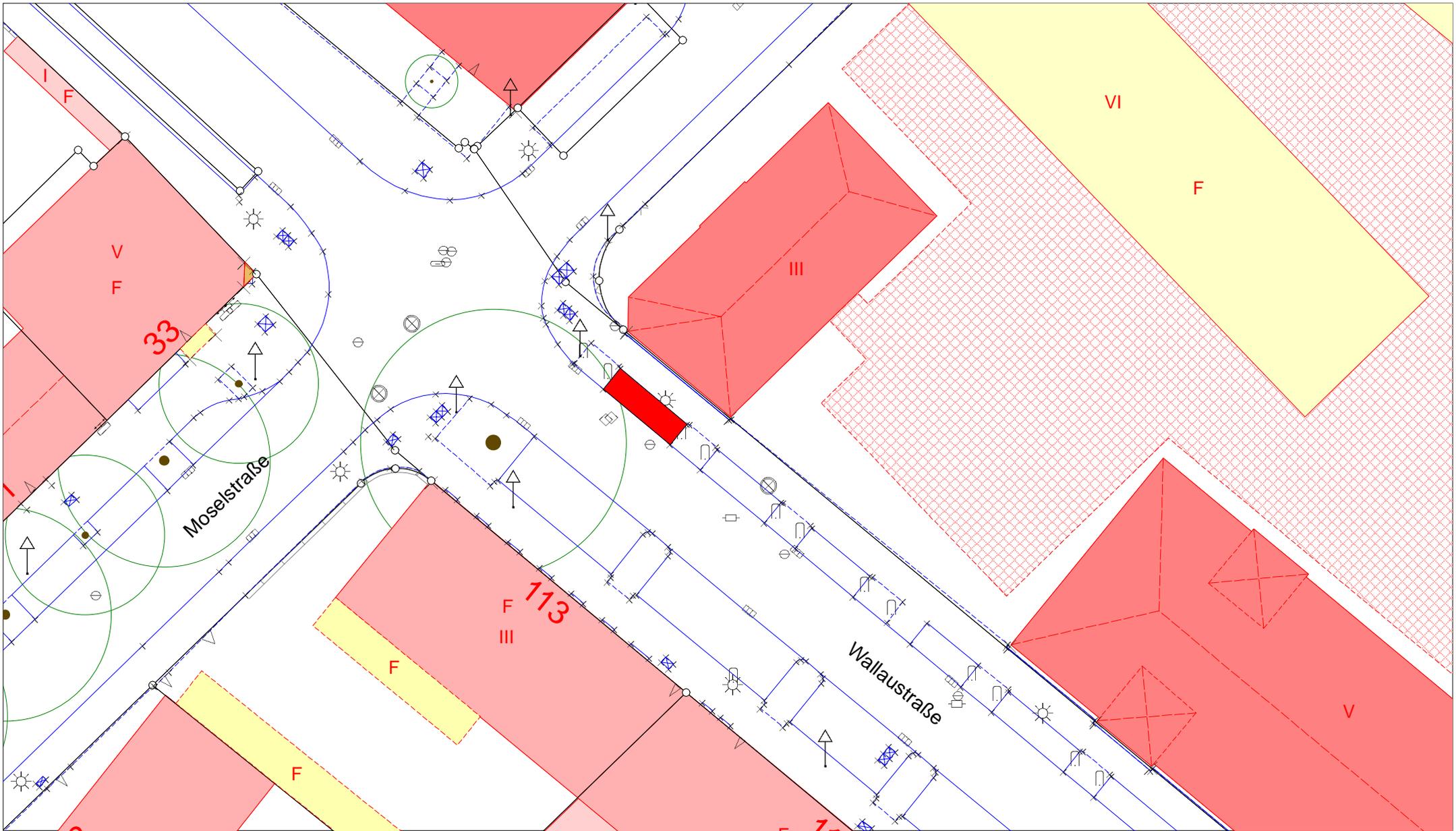
Die notwendigen Personalstellen müssen im Rahmen des kommenden Stellenplans berücksichtigt werden. Die einmaligen Kosten für die erforderliche Beschilderung, Poller und Bodenmarkierungen der Abstellflächen werden über den laufenden Haushalt abgedeckt. Da ein Teil der Stellplätze aktuell bewirtschaftet wird, kommt es zu Einnahmeverlusten bei den Erlösen durch Parkgebühren, welche durch die Einnahmen aus den Sondernutzungsgebühren kompensiert werden.

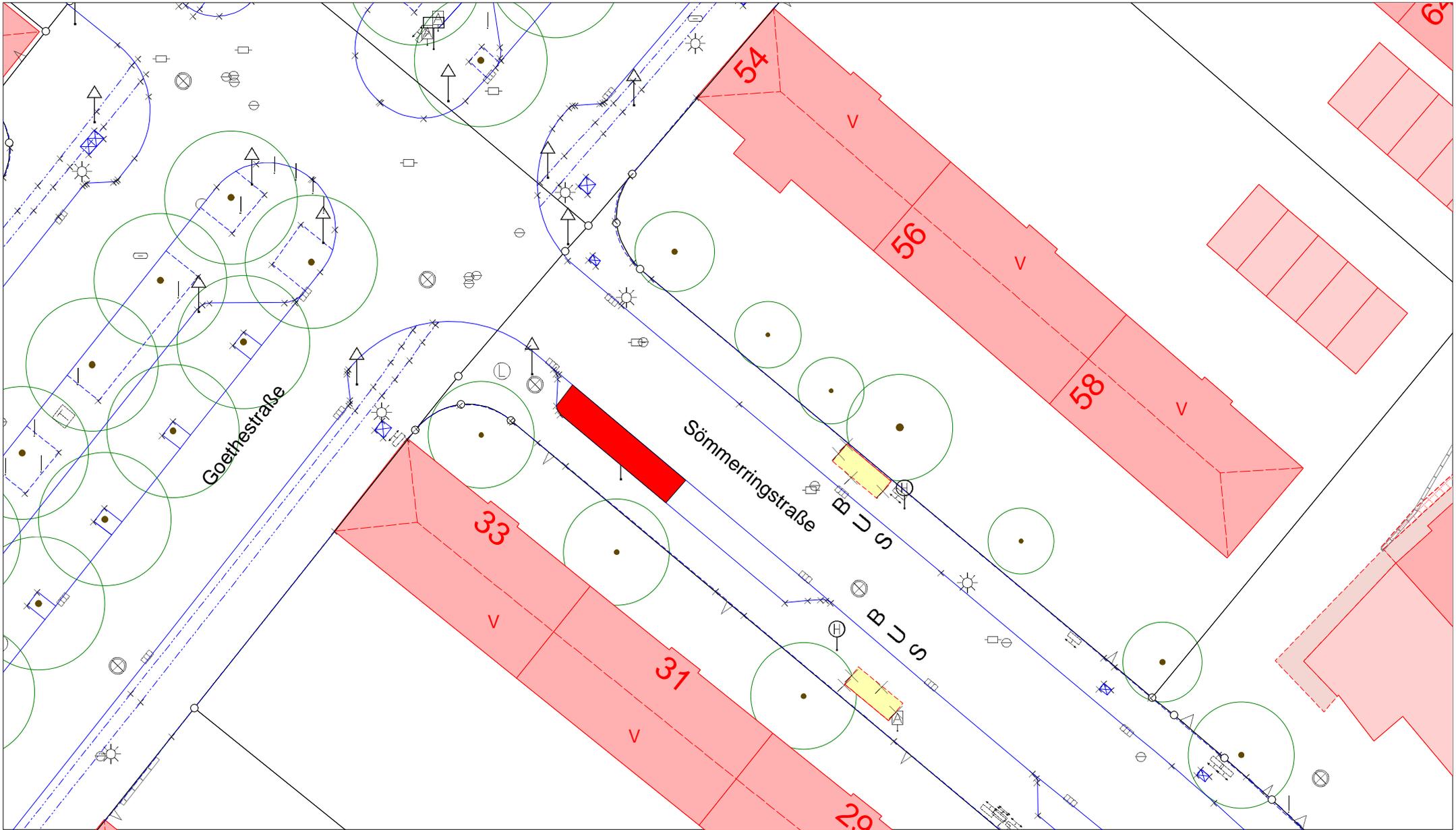
Ö 11.2

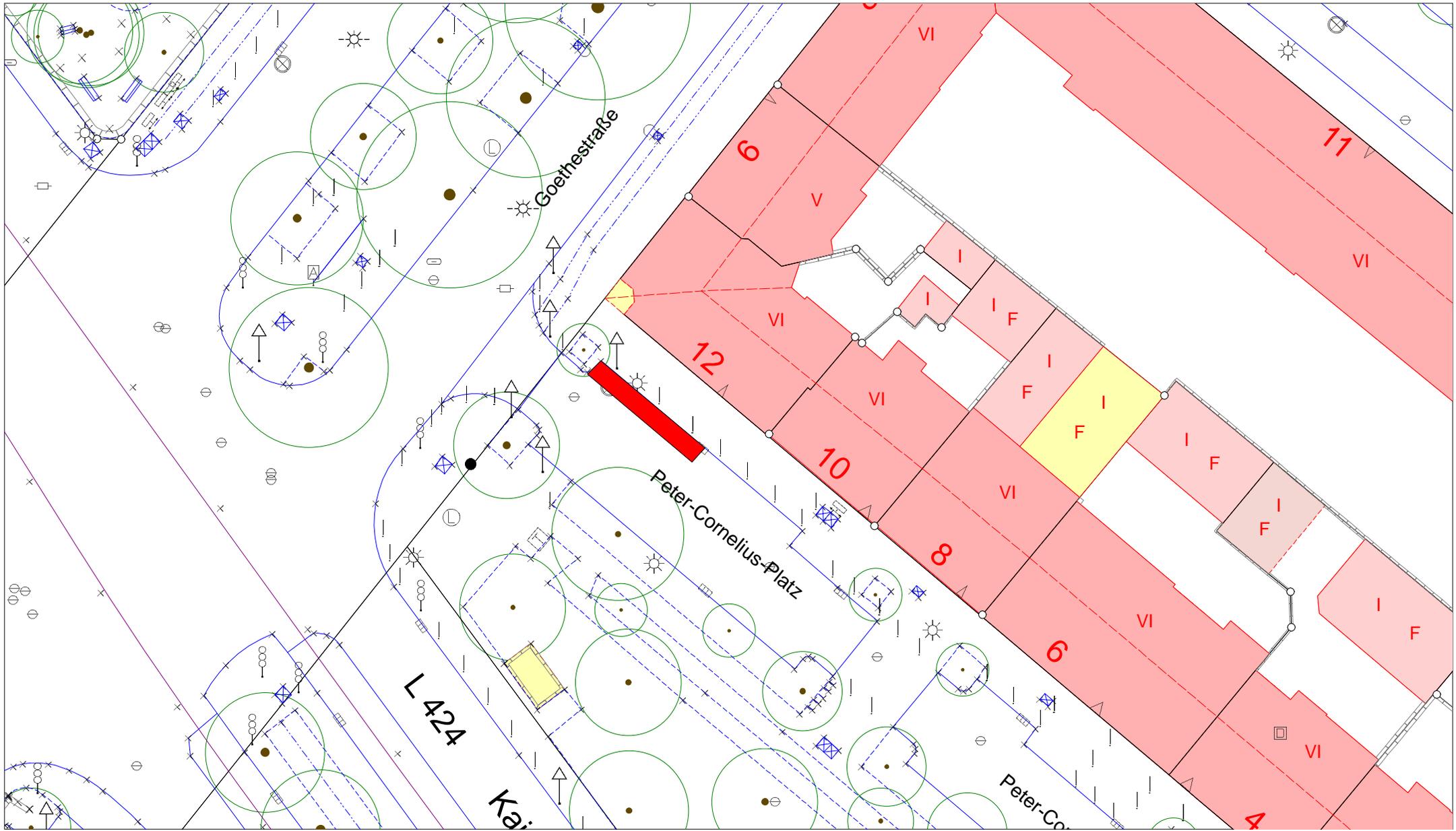


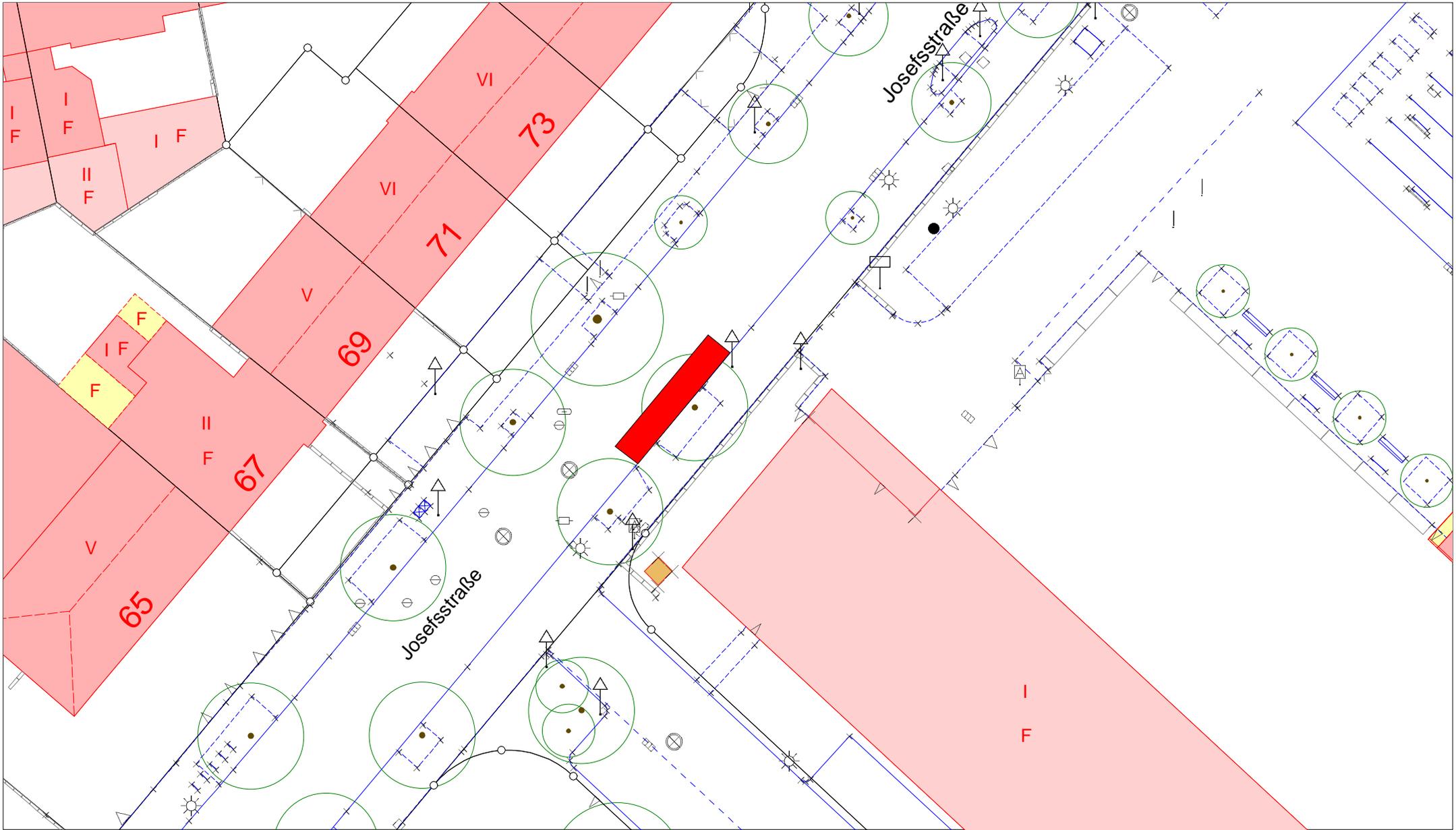
Ö 11.2

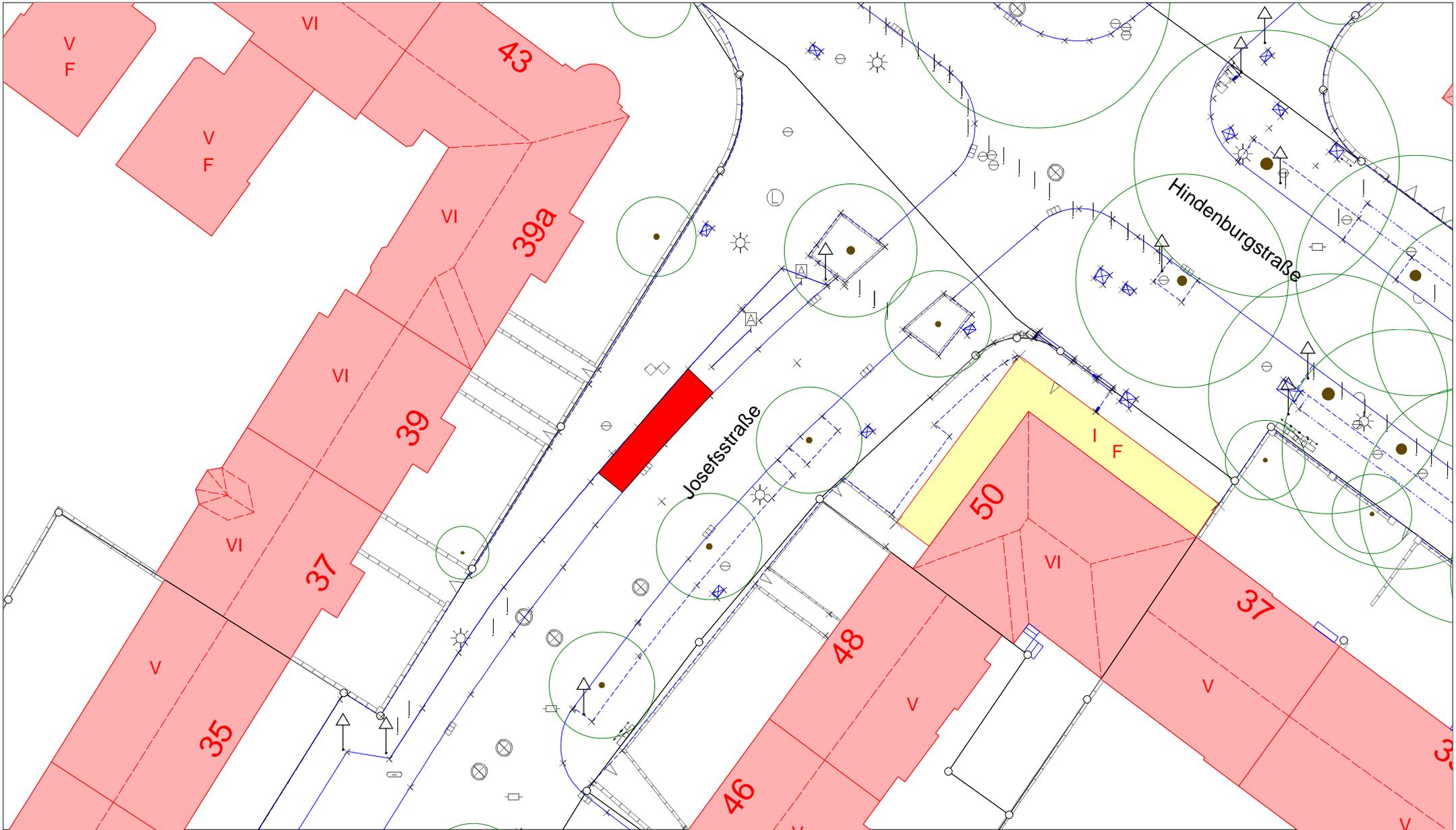


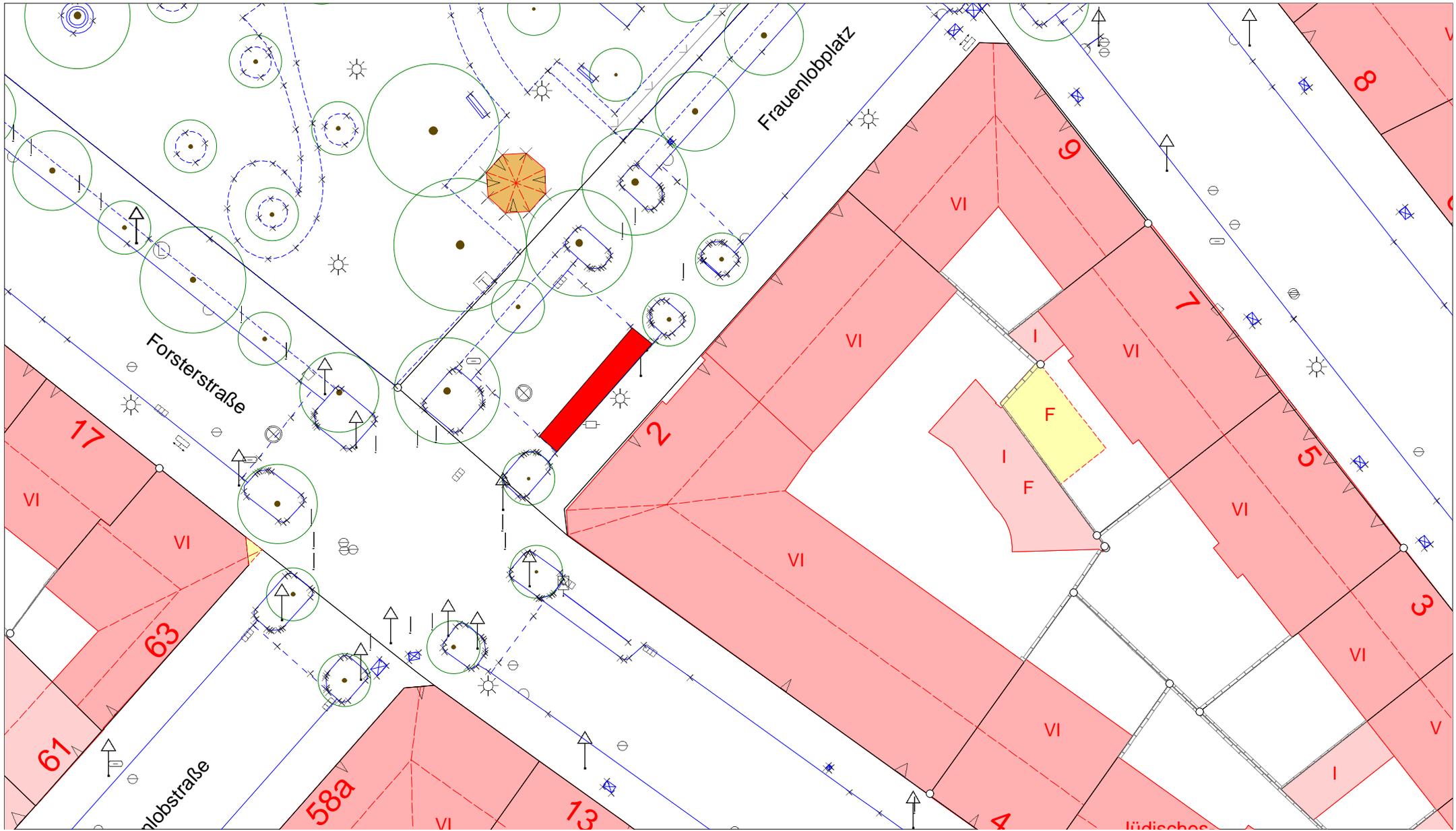


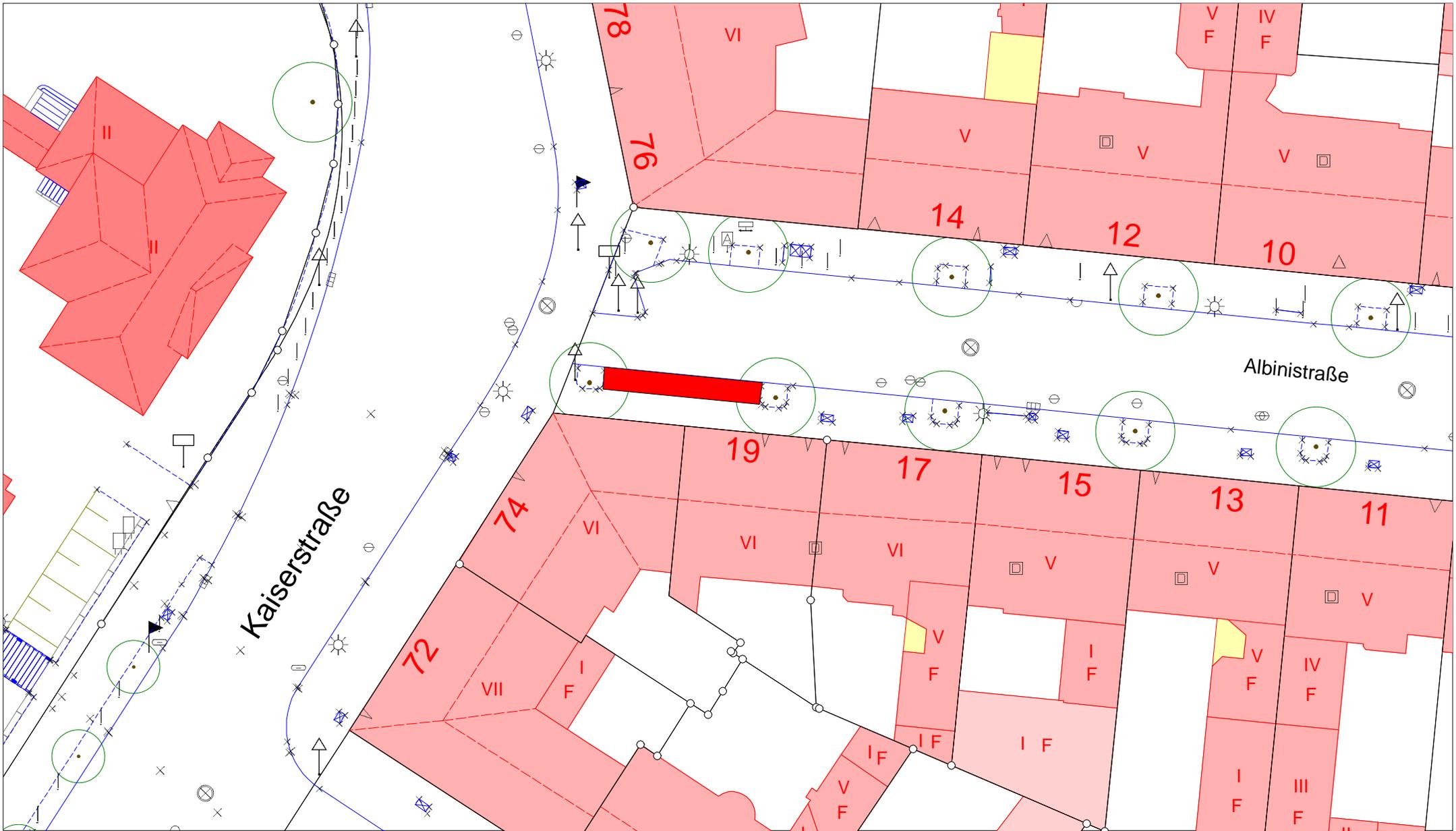


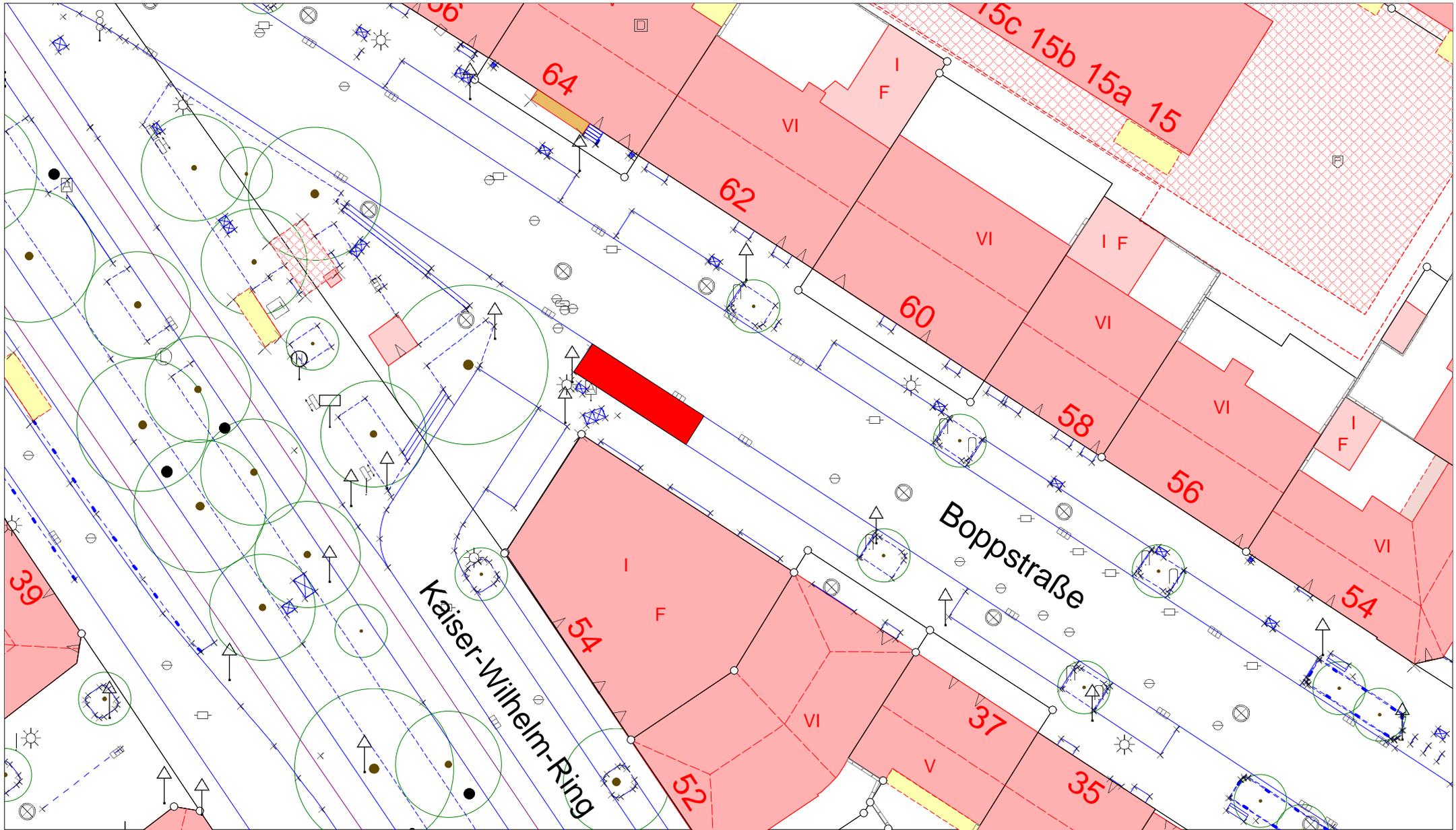


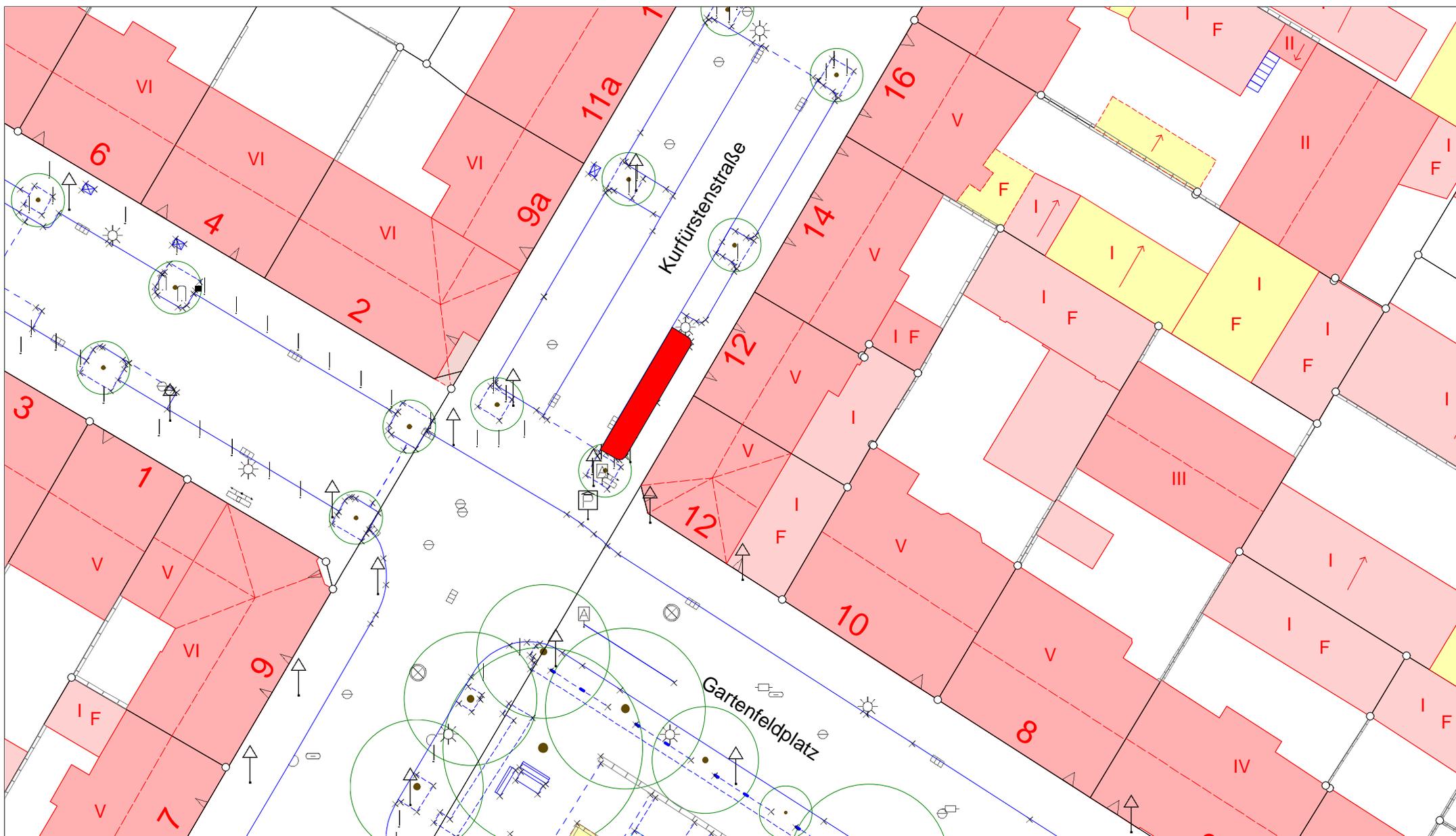


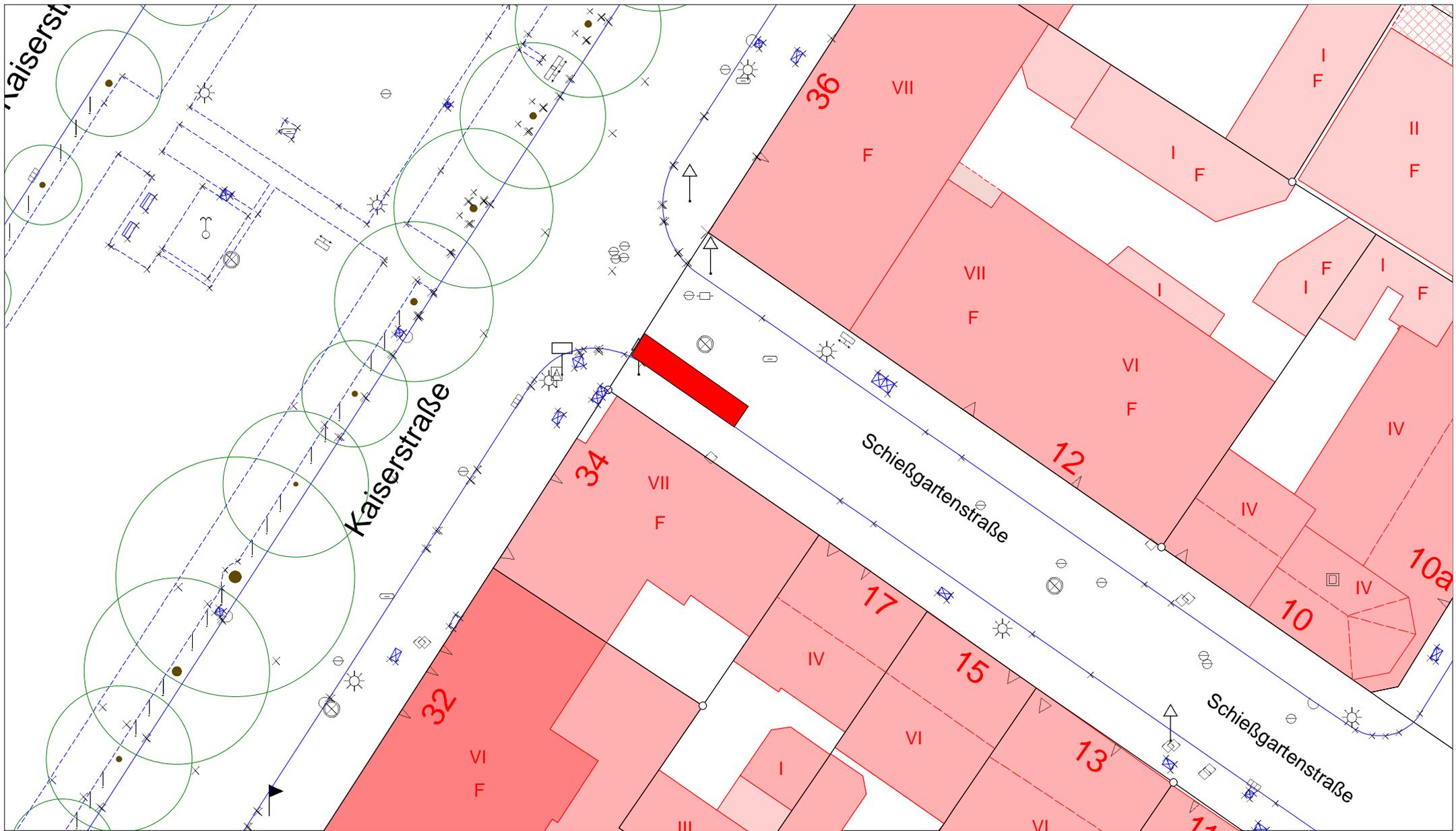


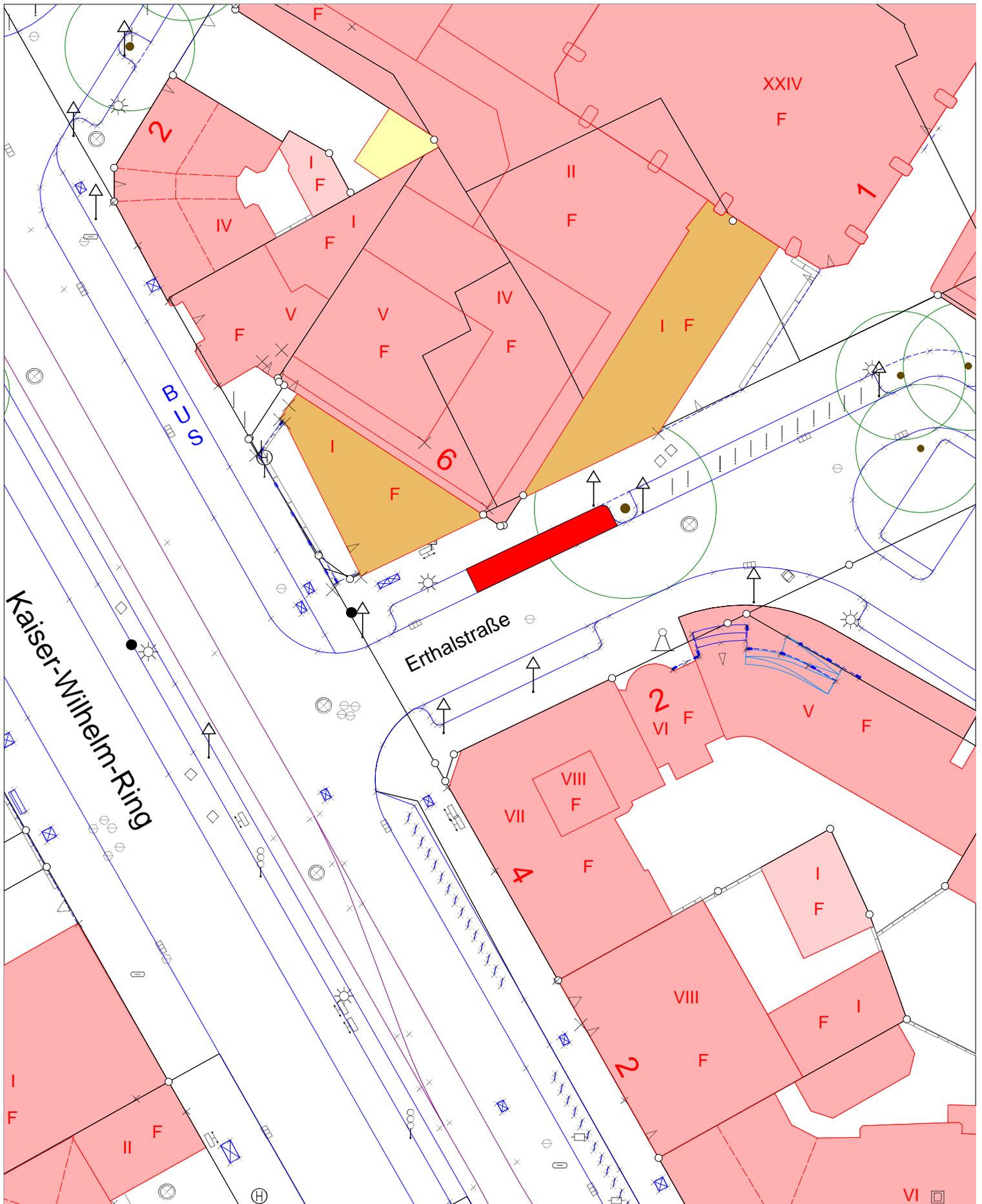


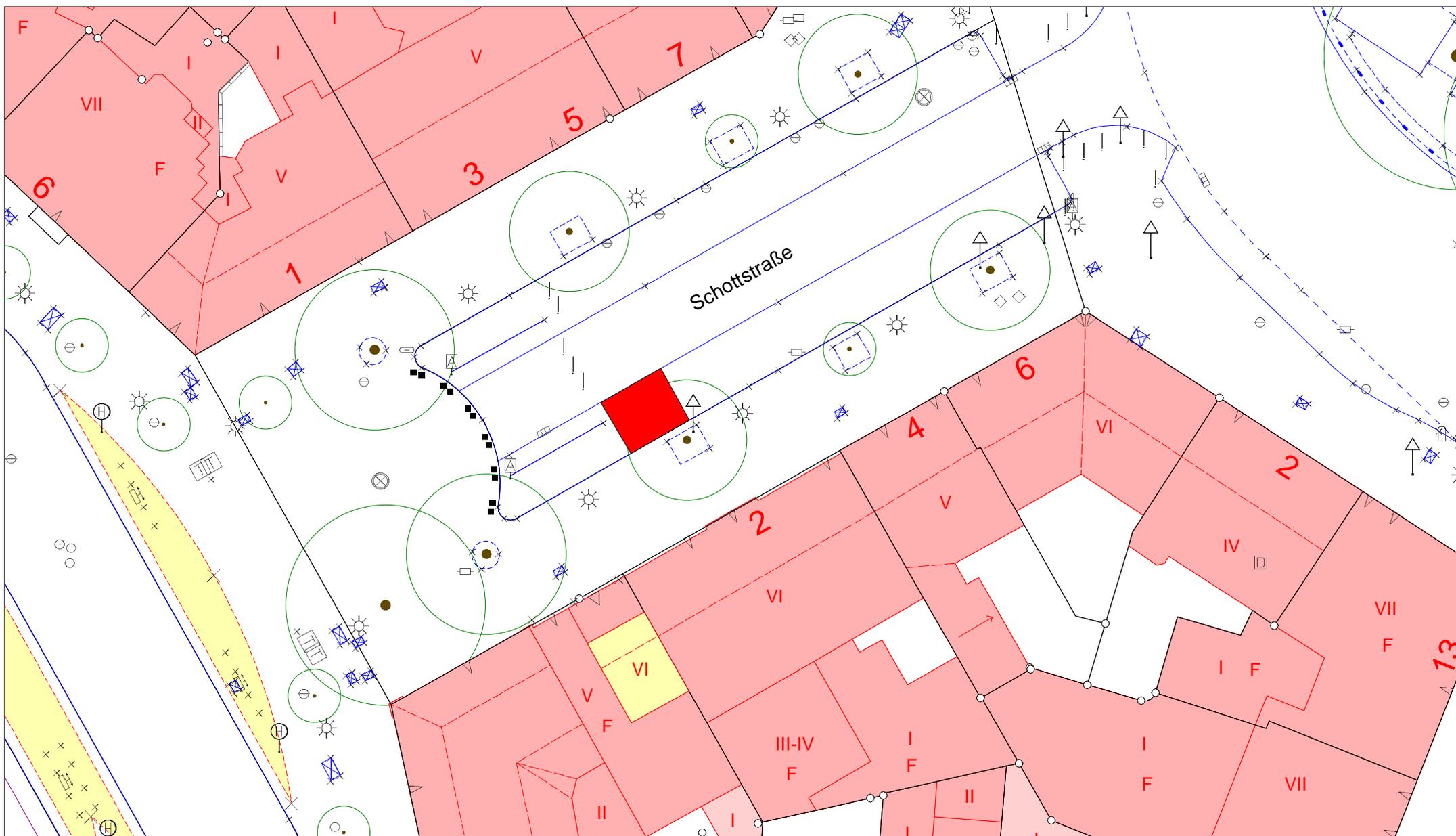


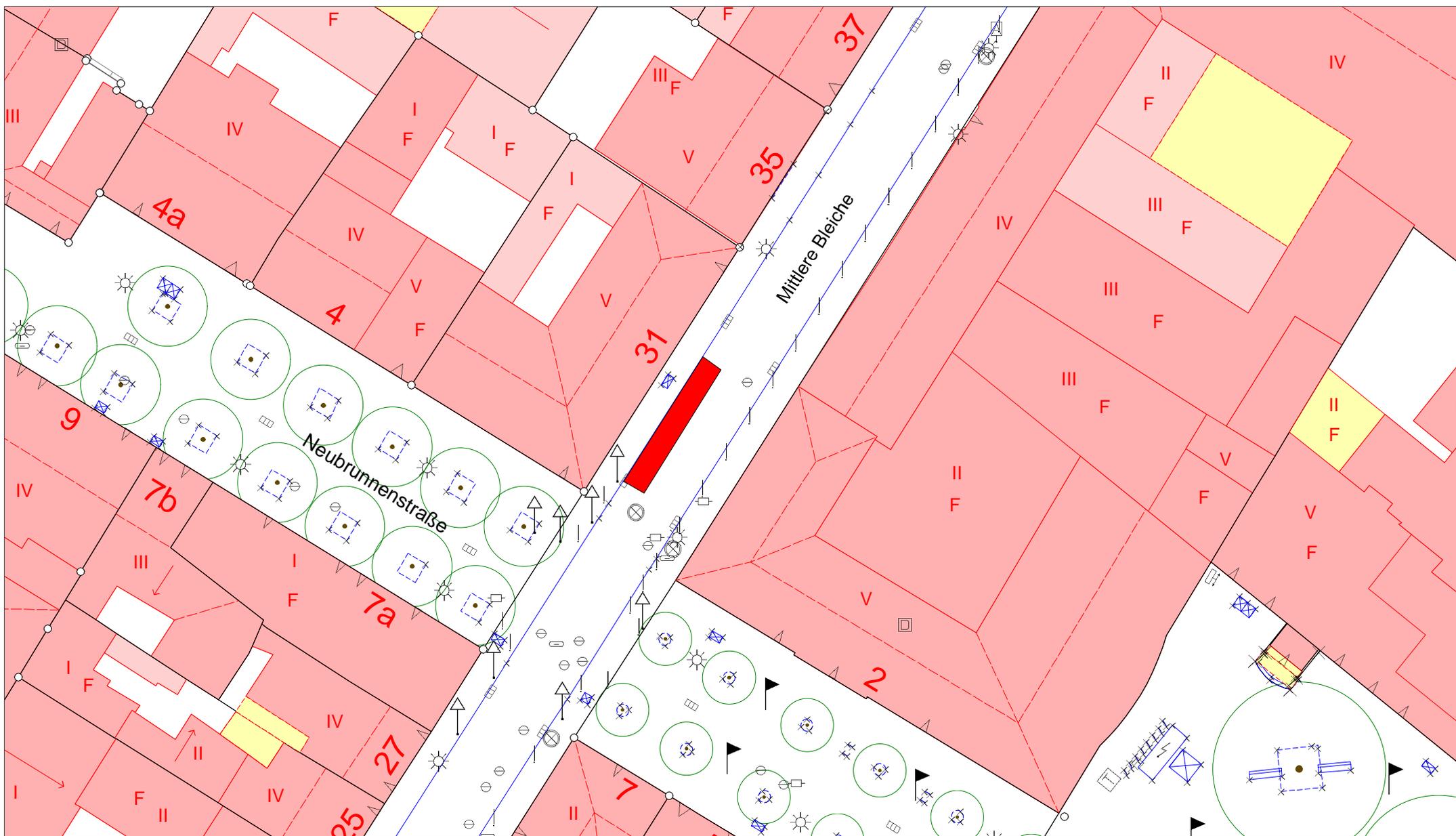


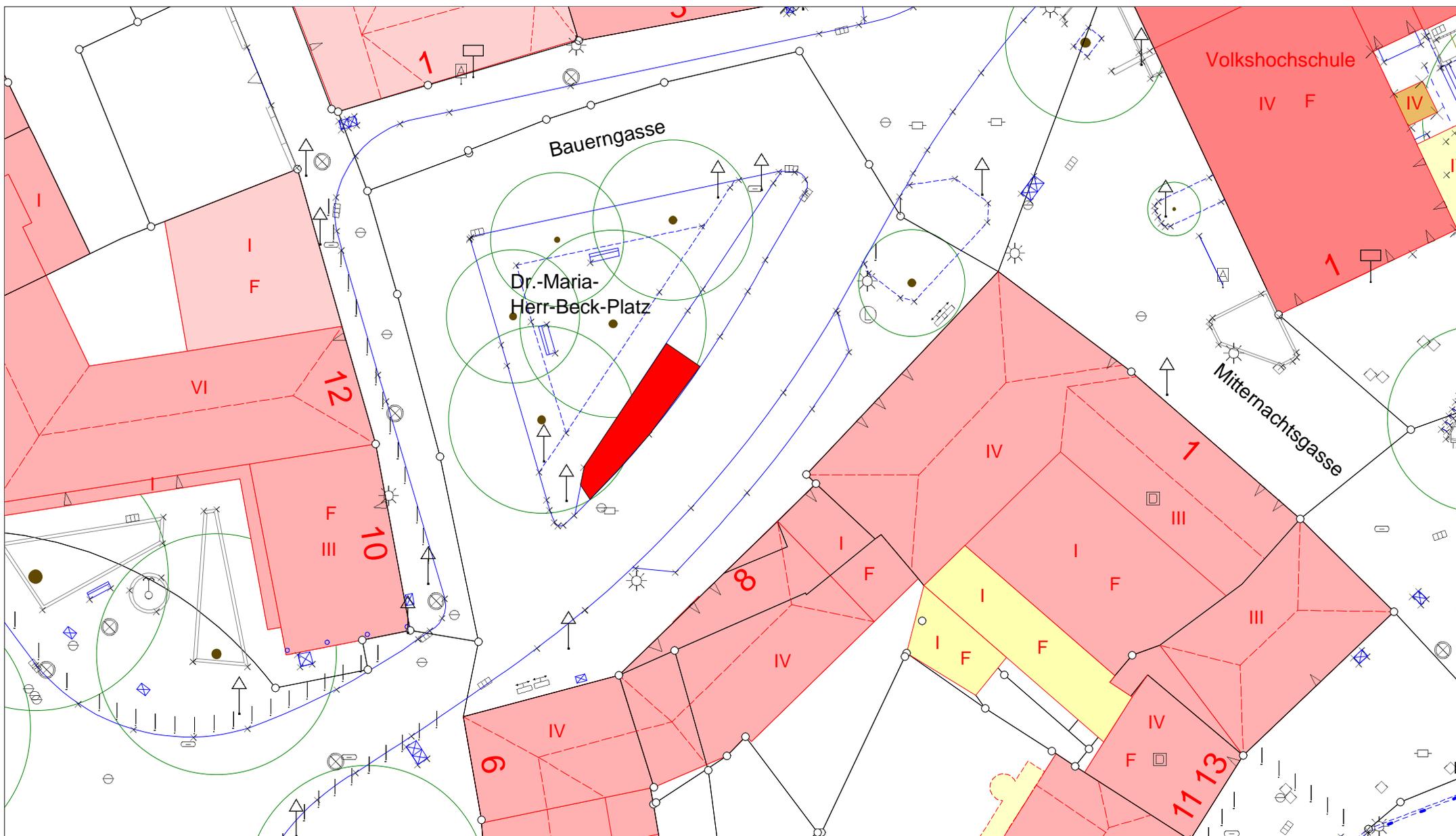






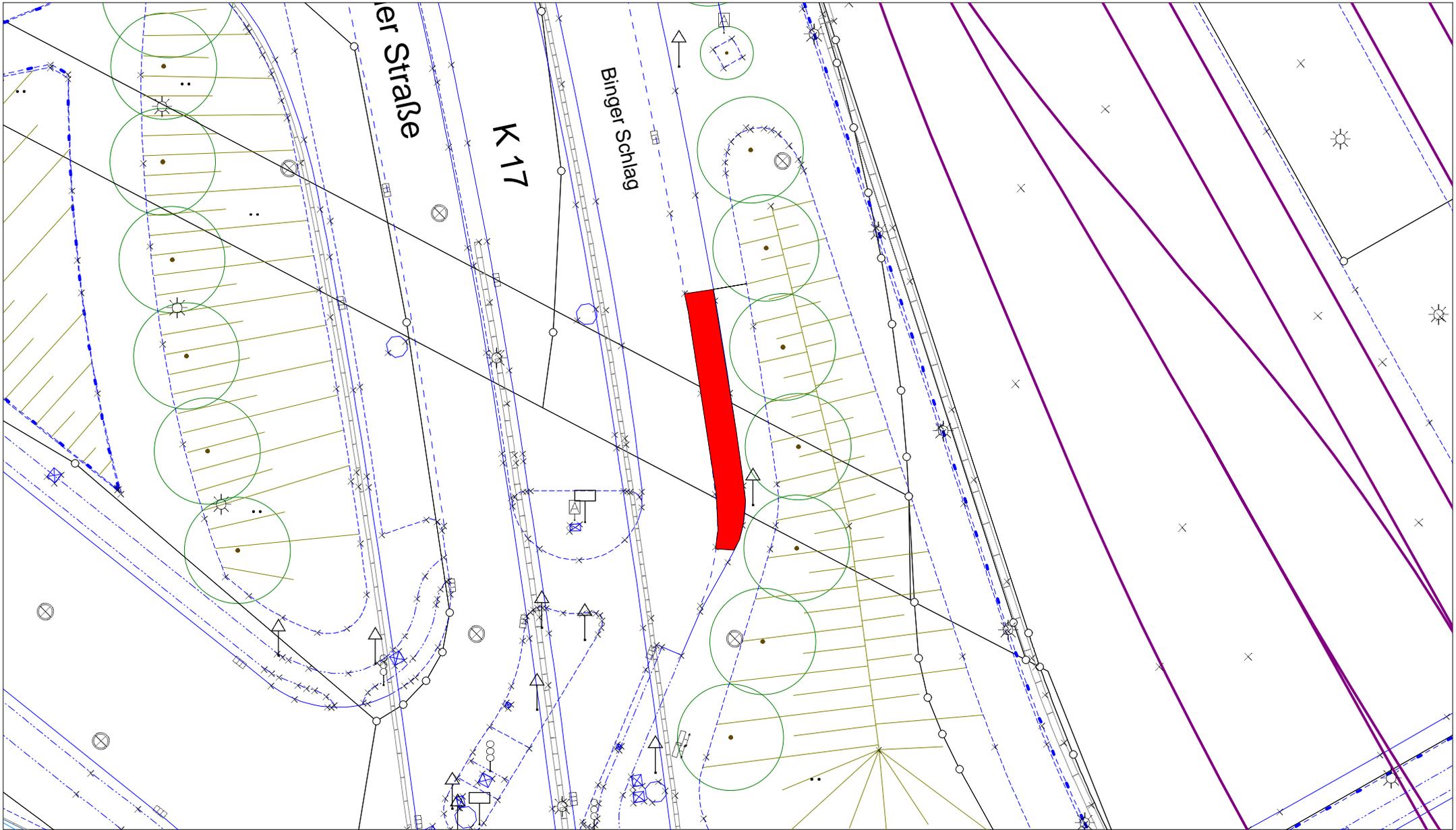


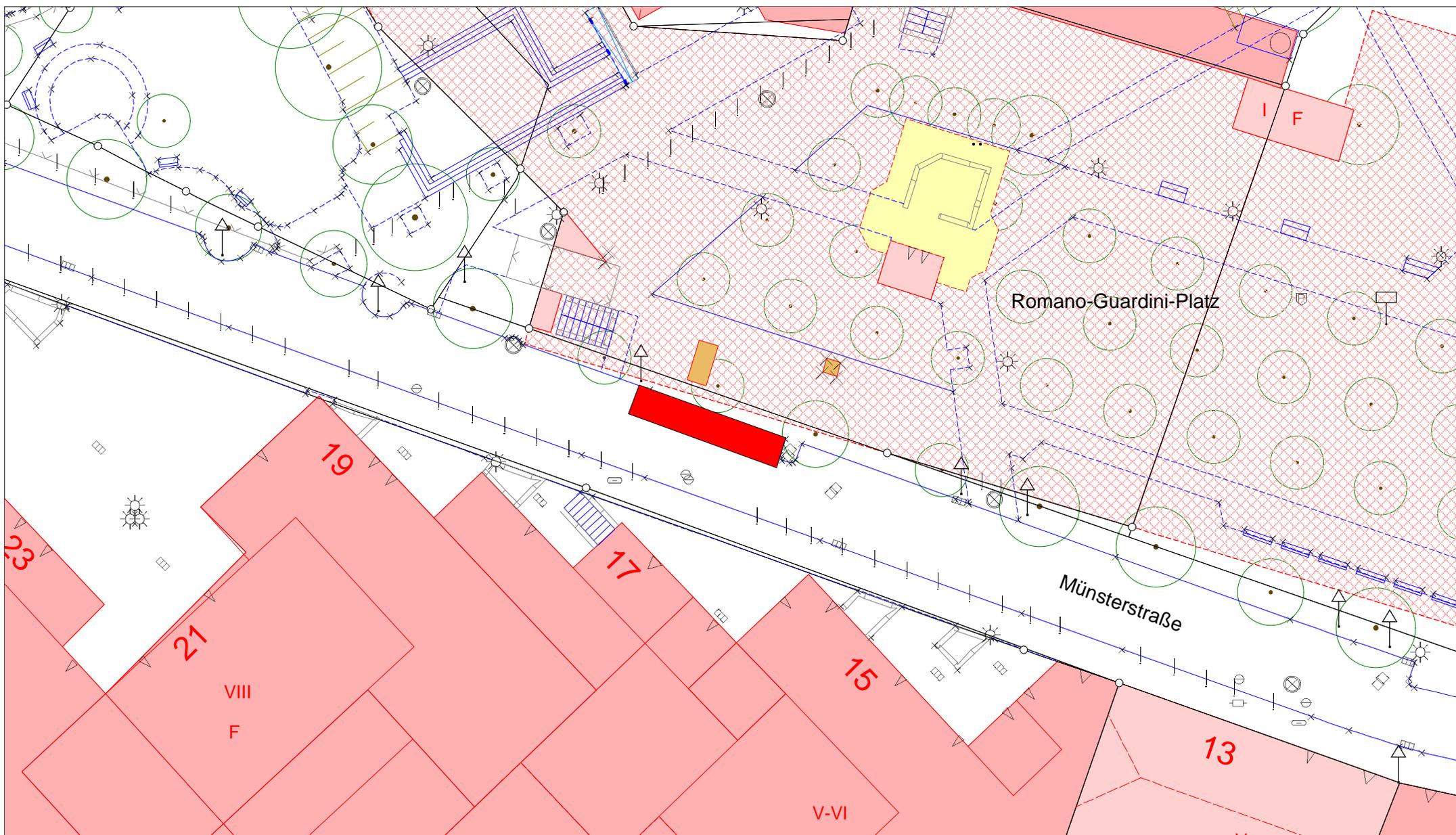


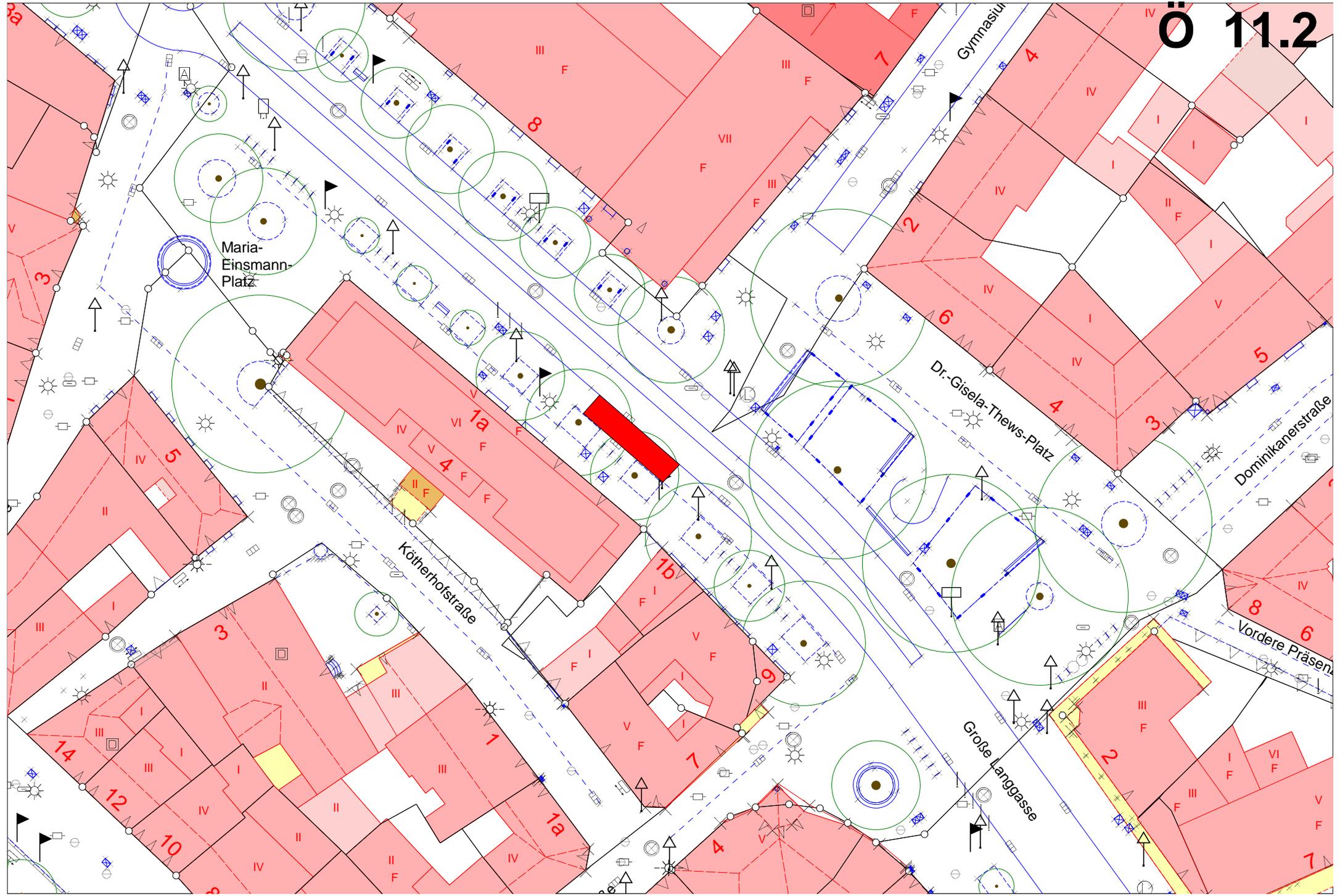


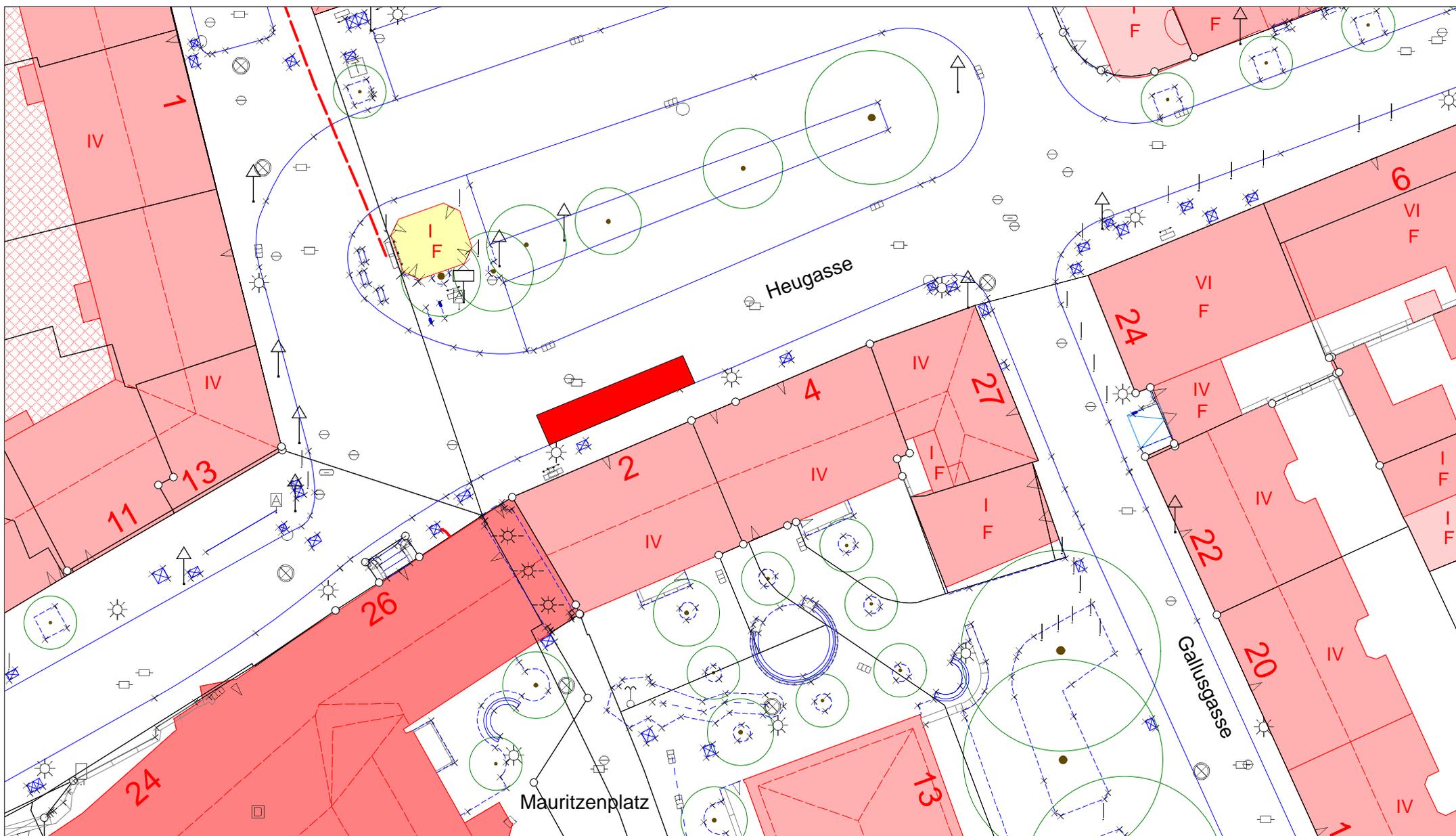
Die bestehenden Taxi-Stellplätze werden in Richtung
des Zugangs zum Bahnhofsgebäude verschoben

Ö 11.2

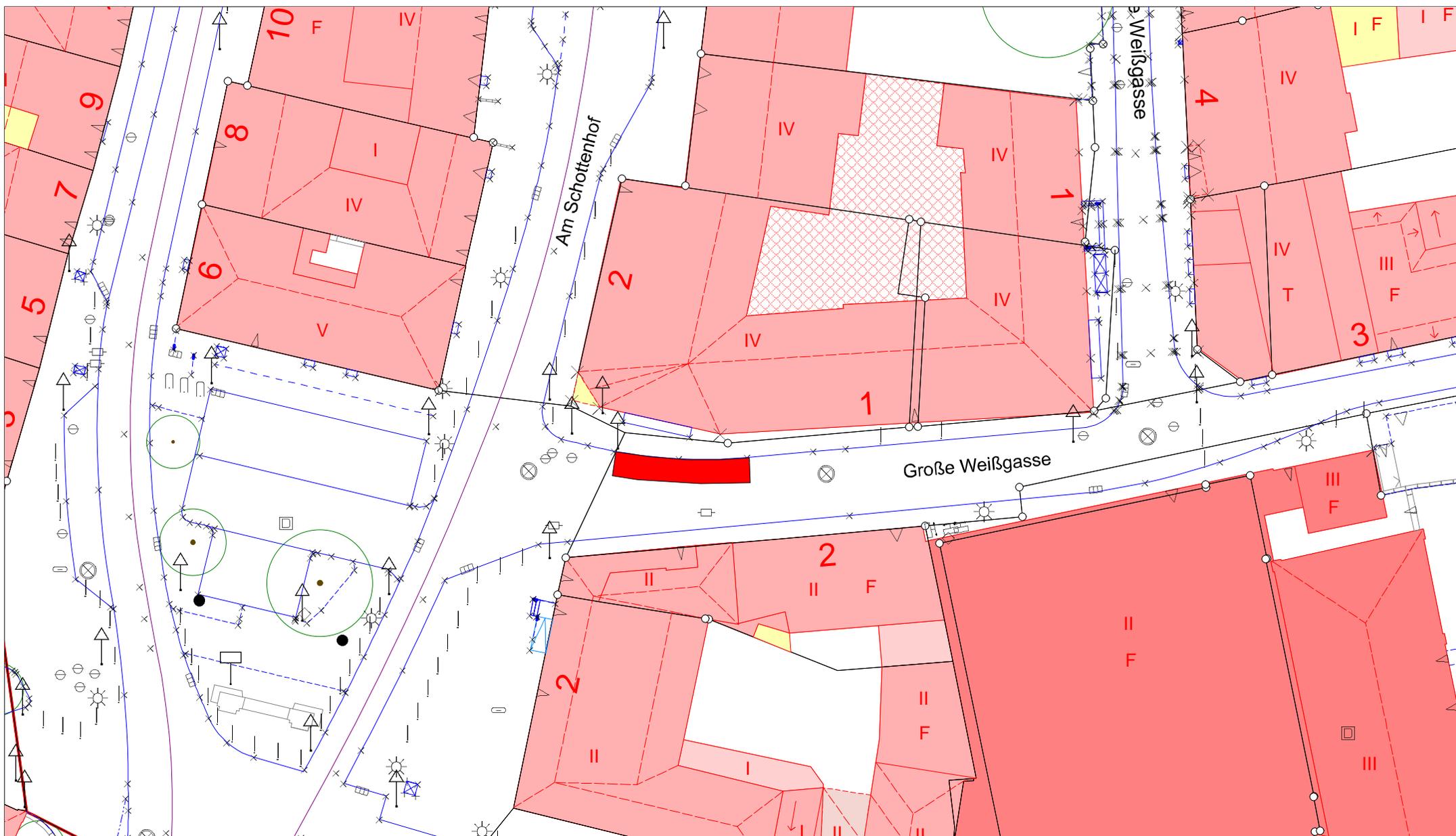


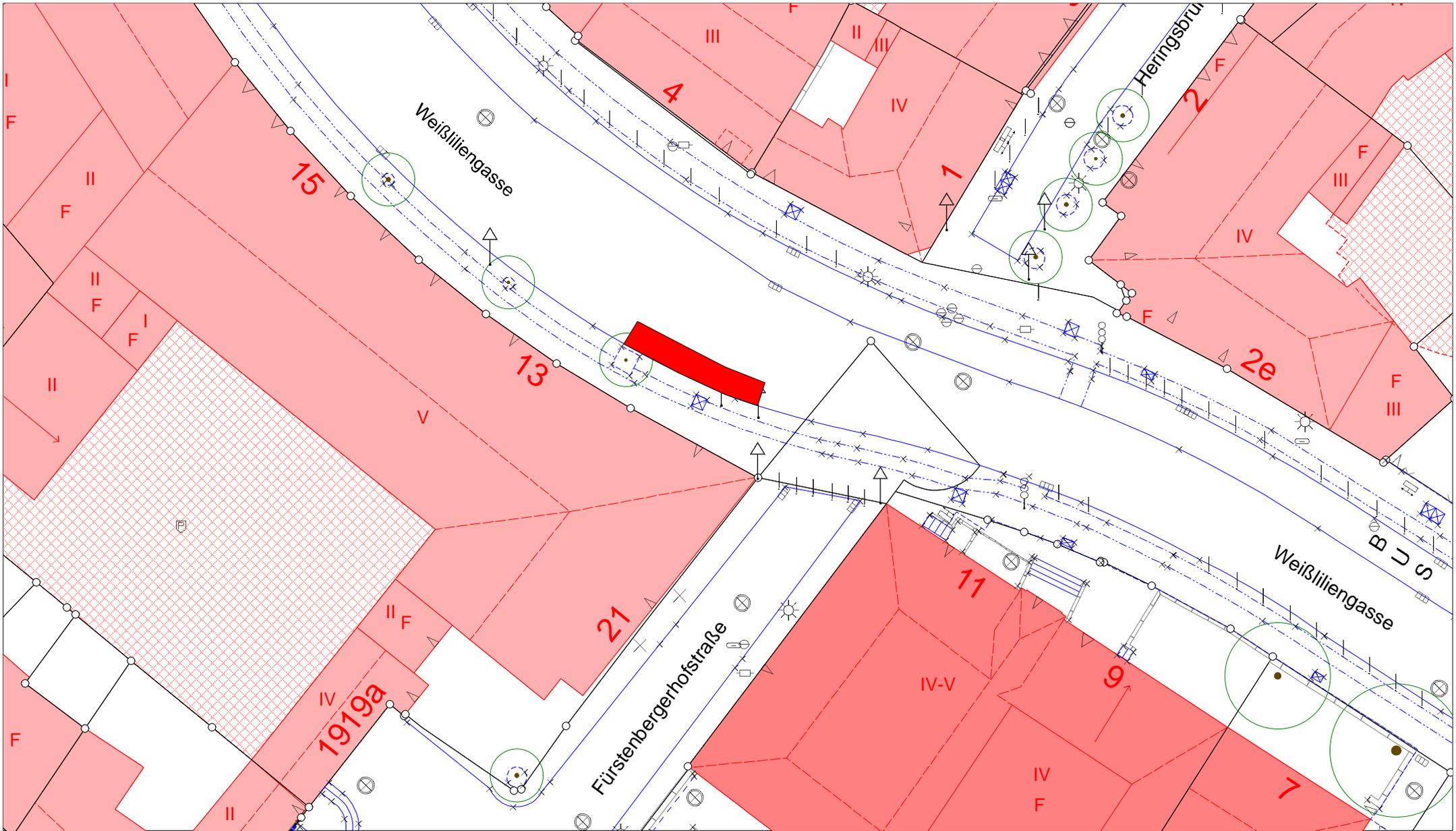


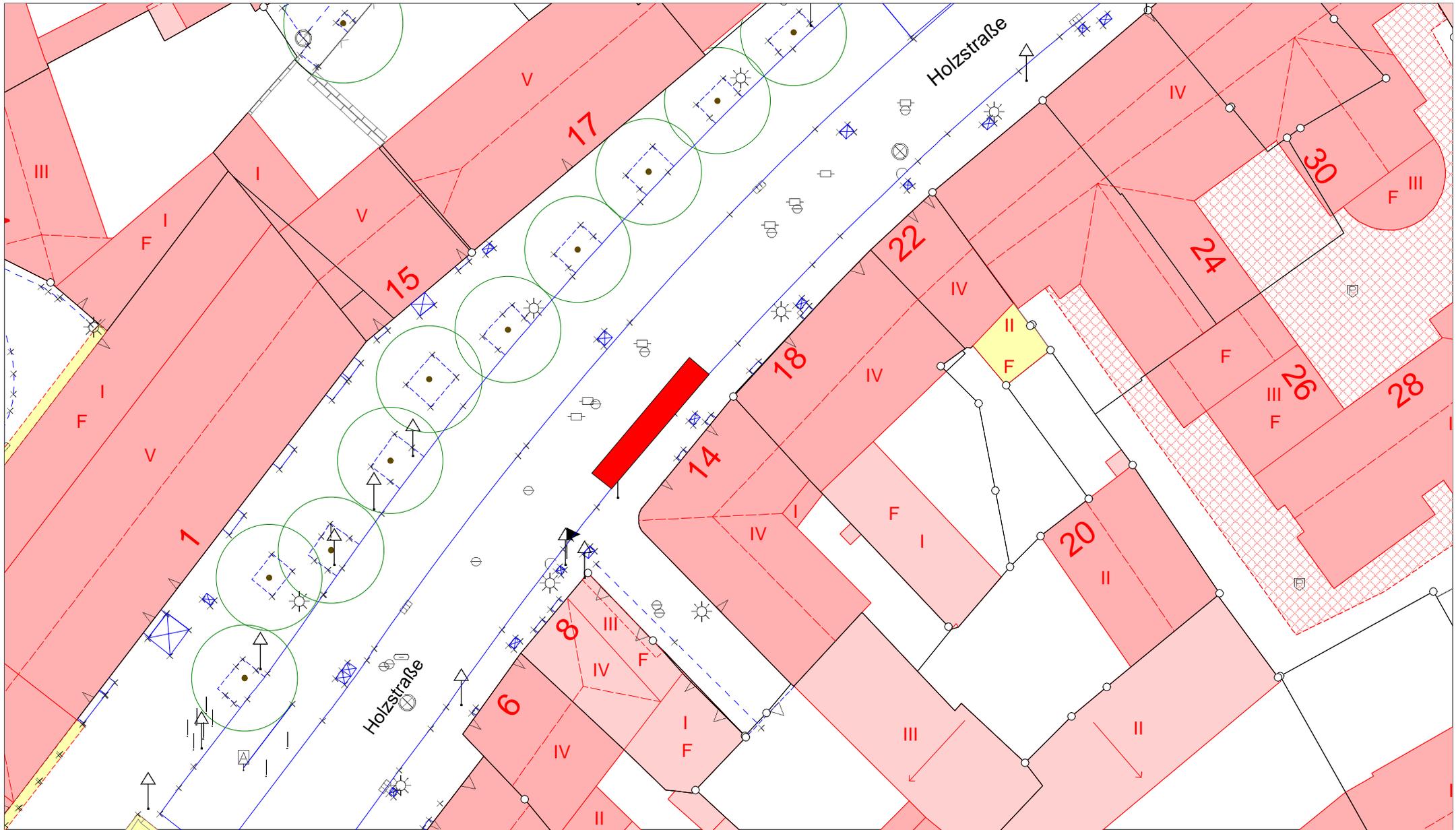


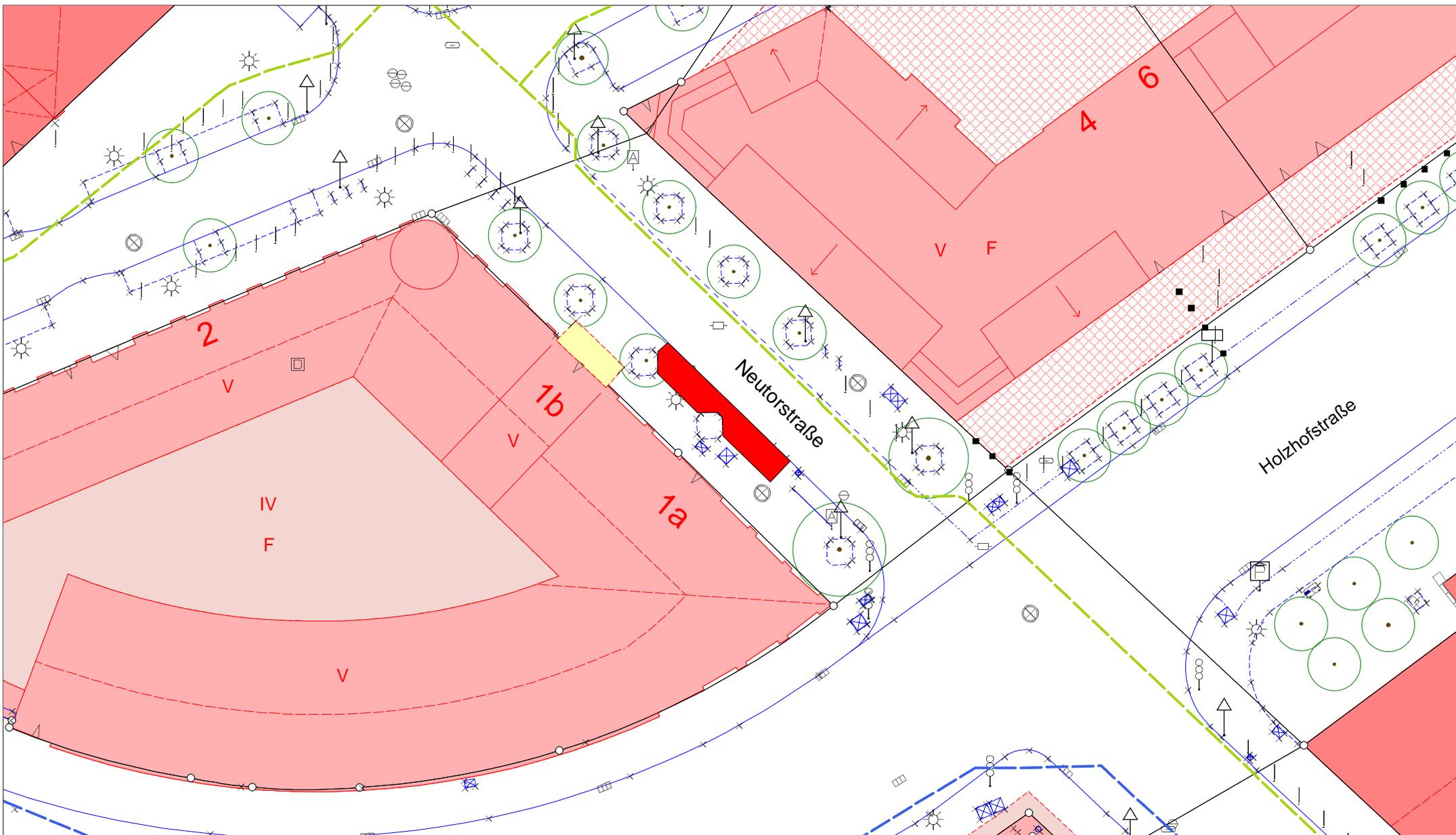


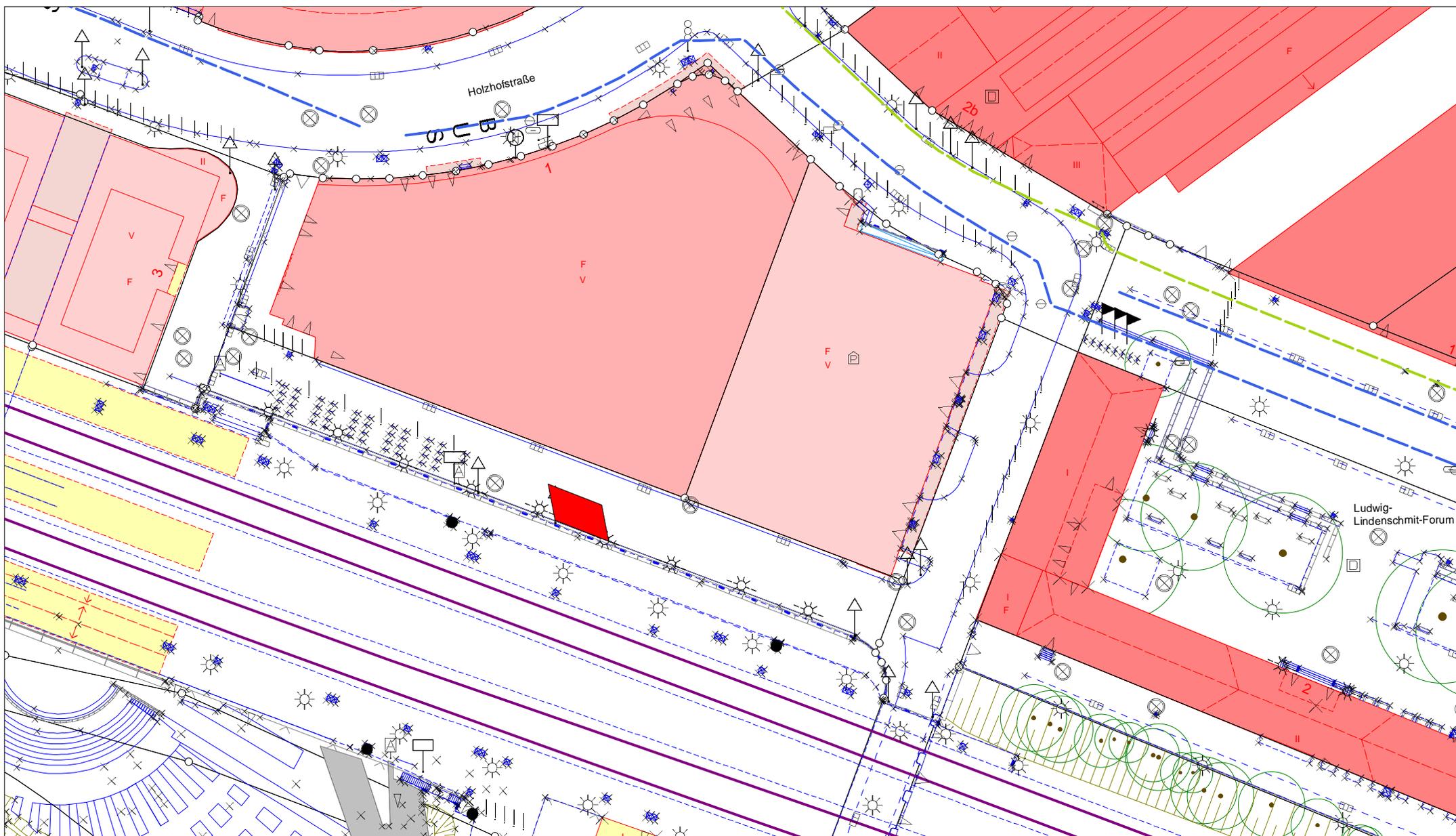
Ö 11.2











10 25 04/1

Sitzungstermine 2024

ObR MZ-Finthen 19.00 Uhr	Stadtrat 15.00 Uhr
30.01.	31.01.
05.03.	06.03.
14.05.	15.05.
29.08., 20.00 Uhr, (Konstituierung)	04.09.
08.10.	09.10.
26.11.	27.11.